

Karin Erbsen de Maldonado/ Georg Schmid

Die allgemeinen Wahlen in Guatemala am 12. 11. 1995 und 7. 1. 1996

Vorbemerkungen

Formale Demokratie mit Schwächen

Der 1982 in Guatemala begonnene politische Wandel hat zu einer formal funktionierenden Demokratie geführt, obwohl noch große Schwächen zu verzeichnen sind. Seit 1984 sind in Guatemala sieben freie und transparente Wahlen verschiedener Art durchgeführt worden, ohne daß die teilnehmenden Gruppen Wahlbetrug denunziert hätten, so wie es bei den Wahlen bis 1982 üblich war. In diesem Zeitraum konnte erstmalig ein demokratisch gewählter ziviler Präsident (der Christdemokrat Vinicio Cerezo 1986-91) die Regierung an einen wiederum frei gewählten zivilen Präsidenten der Opposition (Jorge Serrano) übergeben, und es wurde ein institutioneller Bruch, hervorgerufen durch den Präsidenten Serrano (1993), mit Hilfe verfassungsmäßiger Maßnahmen überwunden. Ein vom Kongreß gewählter neuer Präsident (Ramiro De León Carpio) vervollständigte die zweite demokratische Regierungsperiode 91-96. Unter De Leóns' Präsidentschaft wurde eine von der Exekutive und Legislative ausgehandelte Verfassungsreform 1994 einer Volksabstimmung unterworfen, an der allerdings nur 16 Prozent der Bevölkerung teilnahm. Als Konsequenz dieser Verfassungsreform wurde noch im gleichen Jahr das Parlament – auch nur mit 21 Prozent Wahlbeteiligung – für den Rest der Legislaturperiode (1 1/3 Jahr) erneuert. Schließlich übergab De León Carpio die Präsidentschaft nach freien, allgemeinen Wahlen an seinen ebenfalls zivilen Nachfolger, Alvaro Arzú, verfassungsgemäß am 14. 1. 1996.

Seit 1985 nahmen die Guatemalteken nun zum dritten Mal an allgemeinen Wahlen teil. Am 12. 11. 1995 wurden 80 Abgeordnete für den Kongreß (für vier Jahre) und 20 für das Zentralamerikanische Parlament (für fünf Jahre), sowie der Präsident und Vizepräsident des Landes und 300 Bürgermeister mit ihren Gemeinderäten (diese alle für vier Jahre) gewählt. Obwohl der Demokratisierungsprozeß die Dekade überschreitet, ist die Phase der Transition noch längst nicht abgeschlossen.

Die Haltung und Erwartungen der Wähler, die 1995 zu den Urnen gingen, unterschieden sich sehr von denen im Jahre 1985. Damals bestand eine überhöhte Erwartung an die "Demokratie". Die Wähler glaubten, daß die komplexen strukturellen und konjunkturellen Probleme des Landes in Kürze gelöst werden könnten. In den letzten zehn Jahren zeigten sich aber die vielfältigen Schwächen des demokratischen Prozesses, der Parteien und der "politischen Klasse" überhaupt, sowie die Mängel der öffentlichen Verwaltung und des Präsidentialismus. Nur wenige grundlegende Veränderungen konnten im bestehenden System eingeführt werden. Das hat zu einer Reduktion der Legitimität und Regierbarkeit des neuen politischen Systems geführt.

Das geringe Durchsetzungsvermögen des demokratischen Regimes und der daraus resultierende Vertrauensschwund seitens der Bevölkerung beruhen großteils auf der Stärke und Unnachgiebigkeit der traditionellen Machtgruppen, die auch den Staatsapparat beherrschen.

Diese Machtgruppen haben im allgemeinen in der rigorosen Verteidigung ihrer Interessen nicht nachgelassen. Es gab wenig Neigung, Vereinbarungen zu treffen, die es erlauben, die weitgehende soziale Ungerechtigkeit auszugleichen. Die Vertrauenskrise gegenüber den politischen Parteien, die ihre Programme und Versprechen nicht erfüllen können, hat sich vertieft. Korruption und Straffreiheit bestehen nach wie vor. Die Verhandlungsprozesse, die dazu führen sollten, daß die guatemaltekeische Guerilla ihre bewaffnete Opposition aufgibt und sich wieder in das System mit entsprechenden Garantien einfügt, haben sich über die

Maßen hinausgezögert. Die Ineffizienz der öffentlichen Verwaltung hat sich noch verstärkt, und in einigen Fällen ist sie in ein kritisches Stadium getreten – wie z.B. bezüglich der bürgerlichen Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Kommunikations- und Erziehungswesen –, was sich in einer Verschlechterung der wichtigsten sozialen Indikatoren, sowie in der zunehmenden Kriminalität ausdrückt.

Auf der anderen Seite hat es jedoch auch Fortschritte und Erfolge verschiedenster Größenordnungen gegeben. Gewisse durch die 1985 neu erarbeitete Verfassung ins Leben gerufene Institutionen – Verfassungsgericht, Oberstes Wahlgericht und Menschenrechtsbüro – genießen immer noch ein einigermaßen hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Menschenrechtssituation sich verbessert hat. Einige der von der Regierung und der Guerilla unterschriebenen Vereinbarungen weisen den Weg zu einer neuen sozialen Ordnung, so die Vereinbarungen über die Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung, über die Neu-Eingliederung der vertriebenen Bevölkerung und die Wahrung der Menschenrechte. Das Inkrafttreten der neuen Strafprozeßordnung im Zusammenhang mit der Reform der Staatsanwaltschaft wird auf Dauer zu einer Verbesserung in der Anwendung der Justiz führen.

Das politische Spektrum der Wahlen 1995 war durch eine zunehmende Zersplitterung gekennzeichnet. Die Vielzahl der Präsidentschaftskandidaten (19) und der an der Wahl teilnehmenden Parteien (26), – 1990 waren es noch 13 Parteien –, machten es dem Wähler nicht leicht, die entscheidenden politischen Kräfte zu identifizieren. Andererseits ist die Beteiligung verschiedener Maya-Organisationen, obgleich noch sehr verstreut, als positiv einzustufen. Schließlich bedeutete der Aufruf aller wichtigen Gesellschaftsorganisationen zur Wahlbeteiligung – einschließlich der vereinten Guerillaführung (URNG) – einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung bzw. zur Erneuerung des Legitimationsanspruchs der jungen Demokratie Guatemalas.

Vorgeschichte der demokratischen Entwicklung in Guatemala

Guatemala hat in seiner jüngsten Geschichte zwei Anläufe unternommen, um sich zu einem demokratischen Staat zu entwickeln.

Die erste Phase begann mit der Oktoberrevolution von 1944, nach Absetzung der Diktatoren General Jorge Ubico (1931-1944) und General Ponce (1944), und mit der Einsetzung eines Revolutionsrates, der freie Wahlen zur Bildung einer Verfassungsgebenden Versammlung einberief. 1945 – im Gründungsjahr der Vereinten Nationen und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg – trat in Guatemala eine neue demokratische Verfassung in Kraft. Juan José Arévalo (Zivilist) wurde zum ersten Präsidenten dieser neuen Epoche gewählt, der dann 1951 die Macht an seinen ebenfalls frei gewählten Nachfolger, Oberst Jacobo Arbenz, übergab. Die beiden “Revolutionsregierungen” unter Arévalo und Arbenz führten eine moderne soziale Gesetzgebung ein. Unter Arbenz wurde eine Landreform angestrebt, die das Machtmonopol der Großgrundbesitzer, darunter auch der nordamerikanischen United Fruit Company (UFCO), brechen sollte. Dieser erste demokratische Frühling wurde vorzeitig durch eine unter dem Kampfzeichen des Anti-Kommunismus organisierte “Nationale Befreiungsbewegung” unter der Führung von Oberst Castillo Armas im Jahr 1954 mit Hilfe amerikanischer Unterstützung beendet. Der “Kalte Krieg” zwischen Ost und West war von nun an das die politische Entwicklung bestimmende Umfeld.

Die Verfassung von 1956 bedeutete einen erheblichen Rückschritt in der demokratischen Entwicklung, vor allem in den sozialen Errungenschaften. Die neue Phase war von einem militanten und durchaus undemokratischen Anti-Kommunismus geprägt. Zugleich begann der Terror als Mittel der politischen Auseinandersetzung, und die Macht des Militär wuchs ständig. Nach der Ermordung von Castillo Armas wechselten sich mehrere Juntas in der Regierung ab. Wahlmanipulationen und -fälschungen halfen von nun an, den jeweils

offiziellen Kandidaten – außer einem Zivilisten alles hohe Offiziere – unter dem Mantel einer Scheindemokratie an die Macht zu bringen. Die Machthaber regierten mit Unterstützung des Heeres und zeichneten sich durch mehr oder weniger starke Grausamkeit bei der Oppositionsbekämpfung aus. Politisch anders Denkende, Gewerkschaftsführer und Politiker der Opposition wurden verfolgt, gefoltert und umgebracht; viele Intellektuelle, Journalisten und Künstler gingen ins Exil oder in den Untergrund. In den sechziger Jahren entwickelte sich eine Guerillabewegung, die das System bekämpfte und immer stärker unter marxistisch-leninistische Einflußnahme geriet. Terror wurde mit Gegenterror bekämpft. Anfang der achtziger Jahre befand sich das Land in einem Bürgerkrieg, dessen die demokratischen Scheinregierungen nicht mehr Herr wurden.

Durch den Putsch einer Gruppe junger Offiziere im Jahre 1982 kam eine dreiköpfige Regierungsjunta unter Anführung des Generals Ríos Montt an die Macht. Zunächst glaubte man in Guatemala, daß der Terror beendet sei, da Ríos Montt offiziell gegen Korruption, Mord und Unterdrückung anging. Jedoch fanden im Zeichen der Guerillabekämpfung unter seinem Regime die schwersten Menschenrechtsverletzungen auf dem Lande statt, darunter die Ausrottung gesamter indianischer Dorfgemeinden. Ríos Montt, der die demokratische Öffnung hinauszögern wollte und sich zum neuen Präsidenten proklamierte, wurde 1983 durch einen unblutigen Staatsstreich abgelöst, dessen Anführer, General Oscar Humberto Mejía Victores, kurzfristig die Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung einberufen ließ.

Hiermit setzt die derzeitige demokratische Entwicklungsphase für Guatemala ein. Während das gewaltsame Ende der ersten demokratischen Periode im Jahr 1954 als Auftakt des “Kalten Krieges” in der Region zu verstehen ist, kann der Beginn der aktuellen Phase auch nur im Zusammenhang der Endauseinandersetzung zwischen Ost und West auf dem Schauplatz Zentralamerika verstanden werden. Ab 1979, über rund zehn Jahre, entwickelte sich die sogenannte zentralamerikanische Krise zu einem der wichtigsten internationalen Krisenherde der Zeit.

In diesem Kontext wurde die Einführung demokratischer Regierungen in der Region in den achtziger Jahren von der internationalen Gemeinschaft und schließlich auch von den USA als wesentliches Zusatzmittel gegen die Machtübernahme marxistisch-sozialistisch orientierter Guerillabewegungen angesehen und unterstützt. Tatsächlich waren kurz nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Herrschaftssysteme in Europa schon zu Anfang der neunziger Jahre in allen Ländern Zentralamerikas demokratisch gewählte Regierungen installiert.

Ein erstes positives Zeichen für die zweite demokratische Entwicklungsphase Guatemalas war die hohe Beteiligung (78 Prozent) der Bevölkerung an den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 1. Juli 1984, die ohne Manipulation durchgeführt wurde und auch erstmals seit langem einen hohen Prozentsatz gültiger Stimmen (77 Prozent) zeitigte. Zudem war auch das Ergebnis erstaunlich: Es waren nicht die extremen Rechtsparteien, die – wie in allen Jahren zuvor – die Wahl gewannen, sondern solche, die eine schrittweise Reformpolitik, die Achtung der Menschenrechte und demokratische Spielregeln zu ihrem Programm gemacht hatten, darunter besonders die bislang unterdrückten bzw. neugegründeten Oppositionsparteien der Mitte. Das ganze linke Spektrum trat auf der Wahlbühne allerdings noch nicht in Erscheinung.

Nach Abschluß der Arbeit der Verfassunggebenden Versammlung wurde im Jahr 1985 zu den ersten allgemeinen demokratischen Wahlen in dieser Phase aufgerufen. Diesmal wurden nur Zivilpersonen als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Die Christdemokraten (DCG) und ihr Kandidat, Vinicio Cerezo Arévalo, gewannen mit großem Abstand die vom neugeschaffenen obersten Wahlgericht (Tribunal Supremo Electoral -TSE-) beaufsichtigten Wahlen, die nach nationalen und internationalen Einschätzungen fachgerecht und ohne Fälschungen abgehalten wurden. Die DCG erzielte die absolute Mehrheit im Kongreß und auf

der Gemeindeebene. Unter der Regierung Cerezo wurden trotz des Widerstandes des Heeres die Friedensverhandlungen mit der guatemaltekischen Guerilla sowie der zentralamerikanische "Friedensprozess von Esquipulas" und ein neuartiger regionaler Integrationsprozeß eingeleitet. Die Lage der Menschenrechte im Lande – insbesondere bezüglich Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Protestrecht – besserte sich. Gewerkschaften, Parteien und Selbsthilfegruppen konnten sich frei bilden und entwickeln. Auch die folgenden allgemeinen Wahlen im Jahre 1990, bei denen die Christdemokraten verloren, verliefen durchaus regulär und sauber, verzeichneten aber gleichzeitig eine Zersplitterung des Parteiensystems und einen ersten Rechtsrutsch in den Präferenzen der Wählerschaft. 1991 übergab Vinicio Cerezo dem ebenfalls zivilen Oppositionskandidaten der konservativen Partei MAS, Jorge Serrano Elias, die Regierung. Dieser übte jedoch – bedingt durch die Schwäche im Kongreß und mangels Rückhalt einer starken Partei – über eine prekäre parlamentarische Allianz nur bis zum 25. Mai 1993 seine Funktion aus. Durch einen sogenannten autogolpe (selbstverübter Staatsstreich) versuchte er, die demokratischen Institutionen außer Kraft zu setzen und diktatorisch zu regieren. Den Staatsstreich begründete er mit einer angeblichen Unregierbarkeit des Landes sowie der Korruption des Kongresses und des Obersten Gerichtshofes.

Bemerkenswerterweise fand der Staatsstreich jedoch keinen Rückhalt. Die Medien und eine Reihe von demokratisch gesinnten Institutionen, Gruppen und Personen, die zwar alle gleichfalls von der Korruption im Parlament und Justizwesen überzeugt waren, stellten sich gegen den Staatsstreich, fanden schnell einen legalen Ausweg aus der Krise und konnten sich durchsetzen. Vor allem das Militär – dessen Rolle bei diesem Staatsstreich nicht genau feststeht – befolgte das Urteil des Verfassungsgerichtes. Dieses besagte, daß Serrano Elias verfassungswidrig gehandelt habe und der Kongreß aufgefordert werde, einen Nachfolger für das Präsidentenamt zu nominieren, der die restliche Regierungszeit ausfüllen solle. Als Auflage sollte daraufhin der Kongreß und die Justiz von korrupten Mitgliedern befreit werden. Am 5. Juni 1993 wurde der ehemalige Menschenrechtsbeauftragte Ramiro de León Carpio vom Kongreß zum Nachfolger von Serrano Elias gewählt. Unter De León Carpio fand eine Verfassungsreform durch Volksbefragung und die Ernennung des Kongresses durch außerordentliche Wahlen und Neubenennung des Obersten Gerichtshofes im Jahre 1994 statt. Seine Amtszeit endete am 14. 1. 1996.

Stand der demokratischen Entwicklung zur Zeit der Wahlen von 1995/96

Betrachtet man das heutige Guatemala nur aus einer synchronischen Perspektive, so ist von der Demokratisierung nicht viel zu spüren. Vor allem die Rechtsunsicherheit ist ein gravierender Faktor: Es werden weiterhin Menschen entführt und ermordet. Richter, die sich mit Prozessen befassen, in denen Militärs oder Drogenhändler verwickelt sind, werden bedroht oder umgebracht; Haftbefehle werden nicht ausgeführt und Verbrechen nicht bestraft; Häftlingen gelingt es, aus dem Gefängnis auszubrechen.

Betrachtet man aber die Situation aus einer diachronischen Perspektive, so sind viele Ereignisse der derzeitigen Konjunktur zuzuschreiben: Die Demokratisierung setzte vor knapp zehn Jahren noch unter bürgerkriegsähnlichen und wirtschaftlich äußerst schwierigen Bedingungen ein. Die Bevölkerung hatte praktisch keine Demokratieerfahrung und erwartete fälschlicherweise von dieser Regierungsform die sofortige Besserung ihrer Lage. Der Friedensvertrag zwischen Regierung und Guerilla ist bis heute noch nicht abgeschlossen, und das neue Regime, das die herrschenden Machtverhältnisse mit demokratischen Mitteln nicht sofort verändern konnte, ist immer noch vorrangig damit beschäftigt, die hierfür nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Solange die Guerilla die Waffen nicht niederlegt, kann das Heer nur beschränkt der demokratischen Ordnung unterworfen werden.

Seit 1986 bemüht sich Guatemala darum, die Demokratie institutionell so auszugestalten, daß sämtliche Bevölkerungsgruppen in sie selbst betreffende Entscheidungen mit einbezogen werden. Dazu waren die 1986 in Kraft gesetzte neue Verfassung, die Einrichtung des Verfassungsgerichtes, des Obersten Wahlgerichtes und des Menschenrechtsprokurats wichtige Schritte.

Soziale Konfliktherde sind jedoch auch nach der demokratischen Öffnung des Landes weiterhin zur Genüge vorhanden: Weder der 1986 ins Präsidentenamt gewählte Christdemokrat Vinico Cerezo noch sein ebenfalls demokratisch gewählter Nachfolger Jorge Serrano Elias noch der bis zum 14. 1. 1996 amtierende Präsident de León Carpio haben an den macht- und wirtschaftspolitischen Verhältnissen im Lande bisher grundsätzlich etwas ändern können. Im Gegenteil, die Armut und soziale Ungleichheit im Land nahm trotz der sich langsam erholenden Wirtschaft in den letzten Jahren weiter zu. Es zeigt sich deutlich, daß die Demokratisierung kein Produkt eines historischen Erkenntnisprozesses der politisch Verantwortlichen war, sondern vor allem auf außenpolitischen Druck hin von den herrschenden Machtgruppen zugelassen wurde. Diese sind jedoch bis heute nicht bereit, auf ihre einer echten Demokratisierung entgegenstehenden Privilegien zu verzichten.

Dies alles ist zusätzlich zu sehen vor dem Hintergrund einer stark heterogenen Gesellschaftsstruktur mit mehr als 24 Sprach- und Kulturguppen, darunter hauptsächlich Maya-Kulturen und Ladinos. Die Chancen auf politische Teilhabe und die Möglichkeiten auf regelmäßiges Einkommen sind in Guatemala äußerst ungleich verteilt: 60 Prozent der Bevölkerung leben unter der Grenze absoluter Armut. Davon betroffen sind hauptsächlich die Landbevölkerung und darunter v.a. die Maya-Bevölkerung, die in der Vergangenheit am meisten unter der Politik der "Contra-Insurgencia", der Bekämpfung von Guerilla-Gruppen, leiden mußte. Praktisch seit der Unabhängigkeit haben ständig eine kleine Gruppe von Weißen und Ladino-Familien sowie das Militär die politischen Entscheidungen diktiert und über die Verteilung des Wohlstandes bestimmt.

Der Demokratisierungsprozeß wird zudem nach wie vor durch ein hohes Niveau an Menschenrechtsverletzungen, durch die Ineffizienzen in der öffentlichen Verwaltung sowie durch die wachsende Armut und die damit weiter bestehende Benachteiligung eines Großteils der Bevölkerung beeinträchtigt. Immer noch haben die Militärs im Land einen starken Einfluß auf Regierungsentscheidungen. Bisher konnte diese Institution nicht unter verstärkte zivile Kontrolle gebracht werden. Auch leidet das Parteiensystem unter einer allgemeinen Zersplitterung, die auf den Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen von 1995/96 einen zusätzlichen Einfluß hatte.

Die Bedeutung der Mayabevölkerung

Die Zahlen der zehnten Volkszählung zeigen, daß sich von den 8.322.051 Gualtemalteken 3,7 Millionen als Mayas bezeichnen. Damit ist die Wichtigkeit dieser Bevölkerung (44 Prozent der Gesamtbevölkerung gemäß der letzten Volkszählung von 1994) für den Ausgang der Wahlen von 1995/96 offenkundig. In fast der Hälfte der 22 Regierungsbezirke (departamentos) des Landes sind im Durchschnitt 77 Prozent der Bevölkerung Mayas, während es in der anderen Hälfte 18,64 Prozent sind. Dazu kommt noch, daß bei der Datenerhebung der obigen Zählung Fehler in Bezug auf die Zugehörigkeit der Volksgruppen unterlaufen sind, sodaß man davon ausgehen muß, daß sich in Wirklichkeit mindestens 50 Prozent der Gesamtbevölkerung Guatemalas aus Mayas zusammensetzt.

In den letzten Jahren haben sich in der politischen Entwicklung des Mayavolkes starke Veränderungen ergeben. Die Wiederentdeckung ihrer kulturellen Identität und die Verteidigung ihrer spezifischen Rechte bewirken, daß sich immer mehr Mayas politisch betätigen.

Traditionsgemäß standen die Mayabürger dem Wahlgesehehen gleichgültig gegenüber, da dieses so gut wie keinen Einfluß auf ihre Lage als unterdrückte “Indios” hatte. Diese negative Haltung steigerte sich in den letzten Jahrzehnten infolge der Staatsstreiche, der Wahlbetrügereien und schließlich bedingt durch das Klima der Angst, das sich durch die Herrschaft des intensiven Terrors im ländlichen Bereich über 30 Jahre hinweg verbreitete, besonders dort, wo die Mayabevölkerung Mehrheit war.

Ein neues, sich ständig steigendes Interesse der Mayas an der Teilnahme in der Politik erwachte ab den allgemeinen Wahlen von 1985. Einen Beweis dafür liefert die Statistik der Kommunalwahlen. In neun Regierungsbezirken des westlichen Hochlandes, in dem die Mayas 72 Prozent der Bevölkerung ausmachen, gewannen 1985 die Mayakandidaten 59 von 170 Bürgermeisterämtern. 1993 waren es schon 92 von 148 Bürgermeisterämtern dieser Departamentos. 1995 sollen 80-85 von den 300 im ganzen Land neugewählten Bürgermeistern Mayas sein.

Schon vor den Wahlen von 1995 gab es verschiedene Zeichen, daß sich der Einfluß der Mayas verstärkt. Die kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Mayaorganisationen haben sich trotz der Repressalien der letzten Jahrzehnte multipliziert und sind eine wichtige Basis für politische Bewegungen geworden. Ein großer Teil der 158 Bürgerkomitees, die an diesen Wahlen teilnahmen, befinden sich in Mayaregionen und setzen sich mehrheitlich aus Maya-Mitgliedern zusammen. 1995 trat die Gruppe K´amal B´e, eine politische Organisation der Mayabevölkerung, zur Feier des ersten Jahrestages des “Internationalen Tages der Indigenen Bevölkerung” (9. August) in Erscheinung. Damit sollte auch die politische Bedeutung der Mayas für die Wahlen hervorgehoben und ihren mehr als Hundert Bürgerkomitees Beratung angeboten werden. Es wurde auch die Gruppe Nukuj Ajpop gegründet, die sich als eine demokratische und plurikulturelle Alternative zur Förderung der politischen Teilnahme des Mayavolkes darstellt.

Die nationale Kampagne zur Beteiligung an den Wahlen, die die Nobelpreisträgerin von 1992, Rigoberta Menchú durchführte, um die Stimmabgabe der Maya-Frauen und -Jugendlichen anzuregen, hatte laut Statistik einen starken Anstieg der Einschreibungen ins Wahlregister in ländlichen Gebieten zur Folge.

Obwohl die Mayabevölkerung bei dieser Wahl nicht mit einer eigenen politischen Partei antrat, entschieden sich die Gruppen Nukuj Ajpop und Conavigua, eine mehrheitlich von Maya-Frauen gebildete Selbsthilfegruppe der Witwen des Bürgerkrieges, der neuen Partei “Frente Democrático Nueva Guatemala” (FDNG) beizutreten, die einen bekannten Mayaführer, Juan León Alvarado, als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft aufgestellt hatte.

Die politischen Parteien und ihre Präsidentschaftskandidaten

Im Gegensatz zum schwindenden Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien, hat sich deren Anzahl in den letzten zwölf Jahren vervierfacht. 1995 gab es in Guatemala 29 gültige politische Parteien. Drei von ihnen nahmen nicht an den Wahlen teil (MAS, FAN, UNO). Drei weitere beteiligten sich nur an der Wahl der Abgeordneten und der Bürgermeister (PSC, PLG, URS). 13 der Parteien bestehen seit weniger als fünf Jahren und acht von ihnen wurden erst nach der außerordentlichen Parlamentswahl vom August 1994 gegründet, so daß dies die ersten Wahlen für sie waren. Sieben Parteien bestehen schon seit der Zeit vor dem Staatsstreich von 1982. Wiederum vier davon nahmen an allen Wahlen seit den sechziger Jahren teil (DCG, MLN, PR = seit August FDNG, PID).

17 Parteien werden – von gemäßigt bis extrem – zu der konservativ-neoliberalen politischen Rechten gezählt, sieben zur Mitte und fünf zur Linken. Trotz aller Fragwürdigkeit solcher Klassifizierungen ergibt sich eine deutliche Anhäufung der politischen Institutionen im rechts-konservativen Spektrum. Unter den Optionen dieser Tendenz befinden sich auch die PAN und die FRG.

Zu den sieben Organisationen, die man als Mitte bezeichnen könnte, zählen die DCG, die UCN und die PSD, die für diese Wahl die "Alianza Nacional" (AN) bildeten. Zu dem linksdemokratischen Spektrum gehören die FDNG und die Unión Democrática (UD). Wenn man sich die Vielzahl der Parteien und Kandidaten vor Augen führt, erhält man den Eindruck, als ob einige derselben – abgesehen von dem Faktor der persönlichen Eitelkeit gewisser Kandidaten – nur an dieser Wahl teilnahmen, um sich der Öffentlichkeit als gangbare Option vorzustellen und ihre Chancen für die Wahlen im Jahre 2000 auszurechnen. Auf der anderen Seite muß man sich fragen, von wo derartige Mini-Parteien die für ihre Organisation und Wahlkampagne notwendigen Geldmittel beziehen. Eine Hypothese besagt, daß die Zersplitterung der Kandidaturen und Parteien die Errichtung von schwachen Minderheitsregierungen fördern sollte, die leichter von Machtgruppen zu manipulieren wären. Für die Bürgermeisterwahlen läßt das Gesetz auch Bürgerkomitees zu, die sich zu jeder Wahl neu bilden müssen. An der Wahl von 1995 haben 158 Komitees teilgenommen. Die Zahl der Bürgerkomitees steigt von Wahl zu Wahl erheblich. Die von ihnen gewonnenen Gemeindeverwaltungen hingegen verzeichnen einen weniger starken Zuwachs. Immer noch sind es die Parteien, darunter auch kleine, welche den Großteil der Bürgermeister stellt. Zur Diskussion steht immer noch, ob diese Komitees in Zukunft nicht auch berechtigt werden sollen, Bezirksabgeordnete zu postulieren. Nachstehend werden die wichtigsten Parteien und ihre Präsidentschaftskandidaten skizziert. Die Daten entsprechen dem Stand kurz vor den Wahlen vom 12. 11. 1995:

PAN – Partido de Avanzada Nacional

Gegründet: 1989 – Mitglieder 26 144 – Abgeordnete 24 – Generalsekretär bis kurz vor den Wahlen: Alvaro Enrique Arzú Irigoyen.

Die PAN wurde als eine nationalistische Bewegung gegründet mit dem Leitmotiv, daß allen Guatemalteken ein menschenwürdiges Lebensniveau zusteht. Die Hauptthemen sind: Die Verantwortung des Einzelnen, ein effizienter Rechtsstaat, freie Marktwirtschaft und Dezentralisierung.

Parteigeschichte:

- 1989 Parteigründung, vier Jahre nachdem das Bürgerkomitee PAN die Wahl des Bürgermeisters der Hauptstadt mit Alvaro Arzú gewonnen hatte.
- 1990 mit Unterstützung der einflußreichen Zuckerindustrie und Alvaro Arzú als Präsidentschaftskandidat, vierter Platz, Erlangung von zwölf Sitzen im Kongress.
- 1994 Erlangung von 24 der 80 Sitze im Kongreß. (zweiter Platz).

Regierungsprogramm:

1. Bekämpfung von Privilegien, Auflösung der Monopole, Strukturierung der Staatsgewalt streng nach dem Gesetz und Dezentralisierung,
2. Bekämpfung der Diskriminierung der indígenas durch Stärkung und Belebung der Kultur der Mayas,
3. Elendsbekämpfung durch Steigerung der Produktivität, Arbeitsplatzbeschaffung und Entwicklung,
4. Inflationsbekämpfung, wirkungsvolle und gerechte Steuereinzahlung.

Präsidentschaftskandidat:

Alvaro Enrique Arzú Irigoyen, 49 Jahre, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Rafael Landívar Guatemala, Unternehmer, 1978-1981 Direktor des Guatemaltekenischen Tourismus-Institutes INGUAT.

Seinen parteipolitischen Bildungsweg begann er in der antikommunistischen Partei Movimiento de Liberación Nacional (MLN), in der er den Vorsitz der Akademiker-Gruppe hatte. Später Übertritt in die Partido Nacional Renovador (PNR).

1982 gewann er als Bürgermeisterkandidat der Koalition PNR/DCG für die Stadt Guatemala. Obwohl ein Staatsstreich die Wahlen annullierte, bot die Militärjunta Arzú den Posten des Bürgermeisters an, den er jedoch ablehnte.

1985 gewann er zum zweiten Mal die Wahl als Bürgermeister, diesmal als Kandidat des Bürgerkomitees "Plan de Avanzada Nacional" (PAN). 1990 ließ er sich von PAN (mittlerweile Partei) für die Präsidentschaft – zusammen mit dem Agrarunternehmer Fraterno Vila als Vizepräsidentschaftskandidat – aufstellen, erreichte aber nur den vierten Platz. In der Regierungszeit von Jorge Serrano Elias war er neun Monate lang Außenminister.

FRG Frente Republicano Gualtemalteco

Gründung: 1989 – Mitglieder: 29 132 – Abgeordnete: 39 – Generalsekretär: José Efraín Ríos Montt

Doktrin: Gott und Vaterland, Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit als Werte des Verfassungsstaates:

Parteigeschichte:

Gegründet 1989 von General Ríos Montt mit ehemaligen Mitarbeitern seiner De-Facto-Regierung von 1982-1983. 1990 Allianz mit PID und FUN und Erhalt von zwölf Sitzen im Parlament. Wahlen 1994: 32 Sitze und damit die relative Mehrheit im Kongreß.

Regierungsprogramm

Der Friedensprozess ist ein Tagesordnungspunkt, um die Entwicklung des Landes zu fördern. Themen der Menschenrechte, Bekämpfung der Straflosigkeit, Aufbau eines Rechtsstaates, Politik für Arbeitsplatzbeschaffung, Kaufkraftsteigerung, Verbesserung der Lebensbedingungen, Verbindungen zu allen Ländern der Welt, Erzielung einer echten Integration Zentralamerikas – nicht nur im Wirtschaftsbereich, Zugang zum Meer der Antillen für Guatemala.

Präsidentschaftskandidat:

Alfonso Portillo Cabrera, 45 Jahre, studierte Rechtswissenschaften an der staatlichen Universität von Mexiko (UNAM), absolvierte ein Aufbaustudium in Politischen Wissenschaften und erhielt den Master in Wirtschaftswissenschaften. Während seines Exils in Mexiko gibt er an, mit linken Ideen sympathisiert zu haben, weshalb er sich in das die Guerilla unterstützende Kollektiv "Akademische Solidaritätsgruppe mit der Bevölkerung Guatemalas" integriert habe.

1990 trat er in die christlich-demokratische Partei Guatemalas (DCG) ein. 1993-1994 leitete er das der Partei nahestehende politische Bildungsinstitut IGESP, 1994-1995 wurde er stellvertretender Generalsekretär der DCG, und als er bei den Kongreßwahlen 1994 einen Sitz gewann, Leiter seiner Parlamentariergruppe. Außerdem war er Leiter der Parlamentsausschüsse für Gemeindeangelegenheiten (1994) und für Wirtschaft, Außenhandel und Integration (1995). Im April 1995 trat er aus der DCG aus, erklärte sich, zusammen mit neun anderen christdemokratischen Parlamentariern, unabhängig und trat einen Monat später in den "Frente Republicano Gualtemalteco" (FRG) ein. Diese Partei stellte ihn im August 1995 als Präsidentschaftskandidaten auf, nachdem sowohl Ríos Montt als auch dessen Ehefrau und andere prominente Parteimitglieder aus rechtlichen Gründen für dieses Amt nicht zugelassen wurden.

AN – Alianza Nacional (bestehend aus DCG, UCN und PSD)

Zusammenschluß 17. 4. 1995

DCG – Democracia Cristiana Gualtemalteca

Gegründet: 1955 – Mitglieder 86.383 – Abgeordnete: 3 – Generalsekretär: Luis Alfonso Cabrera Hidalgo

Ihre Leitmotive sind: Die Achtung der Menschenwürde in jeder einzelnen Person, der Vorrang des Gemeinwohles über das Wohl des Einzelnen und das Prinzip der ständigen Vervollkommnung der bürgerlichen Gesellschaft.

Parteigeschichte:

1955 gegründet als konservative Partei, u.a. auch von der Katholischen Kirche begrüßt, die sich aktiv in Opposition gegen die Regierung von Jacobo Arbenz Guzmán befand. 1957/58 Teilnahme an den Wahlen, die sie verlor; 1958 Zusammenschluß mit den konservativen Parteien PUA und MDN. Während der 60er Jahre starke politische Arbeit in der Universität San Carlos: Gründung des Frente Estudiantil Social Cristiano – FESC – Cerezo, Raquel Blandón, Danilo Rodríguez, Fernando Andrade). 1970 Linksruck und Verbündung mit URD (Unidad Revolucionaria Democrática) und dritter Platz bei den Wahlen. 1974 Allianz mit FUR, PRA im Frente Nacional de Oposición (FNO) und mit General Rios Montt als Präsidentschaftskandidat, der die Wahl gewann, aber durch Wahlfälschung nicht an die Macht kam. 1984 erreichte die DCG ohne Verbündete 20 von 88 Abgeordnetensitzen in der Verfassungsgebenden Versammlung. 1985 gewann sie die Präsidentschaftswahl mit Vinicio Cerezo Arévalo und Roberto Carpio Nicolle und 51 von 100 Parlamentssitzen. 1990 mit Alfonso Cabrera als Kandidaten erzielte sie hingegen nur den dritten Platz und 1994 bei den Außerordentlichen Parlamentswahlen 13 von 80 Sitzen; neun dieser Abgeordneten spalteten sich jedoch 1995 von der DCG ab und wechselten unter Anführung von Alfonso Portillo zur FRG über.

UCN – Unión del Centro Nacional

Gründung 1983 – Mitglieder: 23.895 – Abgeordnete: 7 – Generalsekretär: Juan Ayerdi Aguilar

Die Grundprinzipien sind: Frieden, Arbeit und Freiheit.

Parteigeschichte:

1983 Gründung, Wahlen 1984 20 Abgeordnete, eine der drei wichtigsten politischen Kräfte. Wahlen 1985 zweiter Platz hinter der DCG und 22 Abgeordnete. 1990 bei der Präsidentschaftswahl erster Platz im ersten Durchgang und relative Mehrheit im Parlament mit 41 Abgeordneten; zweiter Durchgang gegen Jorge Serrano verloren. Nach der Ermordung des Gründers, Präsidentschaftskandidat 1985 und 1990 und damaligen Generalsekretäres, Jorge Carpio Nicolle, 1993, Krise in der Partei; 1994 nur mehr sieben Parlamentssitze.

PSD – Partido Social Demócrata

Gründung: 1979 – Mitglieder: 16.495 – Abgeordnete 0 – Generalsekretär: Sergio Alejandro Flores Cruz

Prinzipien: Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Parteigeschichte:

Gegründet 1979 unter der Regierung von General Romeo Lucas García. Einen Tag vor der Anerkennung wurde der prominenteste Politiker dieser Partei, Alberto Fuentes Mohr, früherer Finanz- und Außenminister, ermordet und im Verlaufe dieses Jahres eine große Anzahl von weiteren Morden an Sozialdemokraten auf den Straßen Guatemalas vollzogen. Daher Rückzug in den Untergrund bis 1985. Wahlen 1985 zwei Sitze im Parlament und einige Bürgermeister; 1990 Zusammenschluß mit Alianza Popular 5, 1 Sitz im Parlament; 1994 keinen Abgeordneten mehr im Parlament.

Regierungsprogramm der Alianza Nacional

1. Abschluß des Friedensprozesses mit URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca).
2. Politik der sozialen Gerechtigkeit.
3. Erreichung des vollen Rechtsstaats und das effektive Funktionieren der Justiz.
4. Gleichheit aller Bürger Guatemalas und Anerkennung der Identität und Rechte aller Gruppen, besondere Beachtung der Schaffung einer neuen Beziehung zwischen Mayas, Garifunas, Xincas und Ladinos.
5. Einführung der vollen Demokratie, Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Militarismus.
6. Modernisierung des Staates, subsidiär und leistungsfähig, im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft.
7. Lokale, nationale und regionale Entwicklung bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt.

Präsidentschaftskandidat:

Fernando Enrique José Andrade Díaz-Durán (AN = Alianza Nacional bestehend aus DCG-UCN-PSD) 57 Jahre, Rechtsanwalt, graduiert an der San Carlos Universität. Während seiner Studienzeit war er Mitglied des christlich-sozialen FESC, Vorsitzender der Studentenvereinigung für Jurastudenten, außerdem Vorstandsmitglied der allgemeinen Studentenvereinigung der Universität (AEU). Aufbaustudium in Internationaler Politik an der Universität in Boston, USA., Dozent an den Universitäten San Carlos, Rafael Landívar und Francisco Marroquín, Guatemala.

Zusammenarbeit mit dem Privatsektor als Direktor des allgemeinen Landwirtschaftsverbandes sowie des nationalen Kaffeeverbandes und der Handelskammer, juristischer Berater im Bereich Finanzen, Bau und Handel, Mitbegründer der Banken Banco del Quetzal und der Banco del Istmo.

Man sagt von Andrade, daß er jahrelang das "Gehirn" der Militärregimes gewesen sei und betrachtet ihn als den Urheber des Militärprojektes, das nach dem Staatsstreich am 23. 3. 1982 durchgeführt wurde. Unter General Oscar Humberto Mejía Víctores (1983-85) bekleidete er das Amt des Außenministers. Unter der Regierung von Vinicio Cerezo Arévalo war er der ständige Vertreter Guatemalas bei der UNO und unter Serrano politischer Berater der nationalen Versöhnungskommission (CNR), die die Verhandlungen zwischen der Guerilla und der Regierung führte.

FDNG – Frente Democrático Nueva Guatemala

Gründung : 1957/1995 – Mitglieder: 7 554 – Abgeordnete: 0 – Generalsekretär: Rafael Arreaga Martínez

Doktrin: Politischer Pluralismus, Steigerung des Lebensniveaus der Unterschicht, Erhöhung der nationalen Produktion, Agrarreform, Verbesserung der Erziehung und eine effektive Arbeitsgesetzgebung.

Parteigeschichte:

1957 gegründet als PR (Partido Revolucionario) nach dem Triumph der Kontrarevolution 1954. Wahlen 1958 dritter Platz. 1959 unter mehr konservativer Leitung Ausschluß von Hunderten von Mitgliedern als "Kommunisten". 1966 Gewinn der Wahlen mit Julio Méndez Montenegro (Zivilist). 1970 und 1974 Wahlen verloren. 1978 Allianz mit PID brachte General Romeo Lucas García an die Macht. 1982 – gleiche Allianz – brachte General Aníbal Guevara den Wahlsieg, der aber durch Staatsstreich sein Amt nicht antreten konnte. 1990 nur noch ein Sitz im Parlament. Umbenennung und Neugründung als FDNG im August 1995. Die FDNG hatte sich ursprünglich ohne PR aus linksdemokratisch orientierten sozialen Gruppen und Partei-Absplitterungen im Wahljahr 1995 gebildet. Die Eingliederung der PR und Übernahme von deren legalen Figur aus wahltaktischen Gründen führte zum Austritt verschiedener Basisorganisationen.

Regierungsprogramm:

1. Umwandlung des Militärs und Verteidigung der staatlichen Souveränität, Abschaffung der PAC (Patrouillen der Selbstverteidigung), Abschaffung der Zwangsrekrutierung.
2. Respektierung der ethnischen Vielfalt.
3. Förderung der Umweltpolitik.
4. Einführung eines guatemaltekischen Modelles der Sozialen Marktwirtschaft, Lösung des Problems der Landverteilung ohne Gewalt und unter Achtung des Eigentumsrechts.
5. Anwendung der Justiz in korrekter Form.

Präsidentschaftskandidat:

José Luis González del Valle, 67 Jahre, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität San Carlos, Guatemala, Aufbaustudium in Betriebswirtschaft an der Columbia-Universität und Internationaler Wirtschaft an der Yale-Universität (USA).

1963/1964 Direktor für Wirtschaftsstudien an der guatemaltekischen Zentralbank; April-Dezember 1982 Präsident der Zentralbank unter Rios Montt.

Tätigkeit als Berater und Dozent am Internationalen Währungsfonds, an der Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE) in Honduras, beim Zentralamerikanischen Währungsrat in Costa Rica und beim Zentrum für Lateinamerikanische Währungsstudien (CEMLA) in Mexico.

Politische Aktivitäten in nachstehenden Parteien:

1948-1950 Frente Popular Libertador, 1951-1952 Partido del Pueblo, 1958-1960 Partido Revolucionario, ab 1995 in dem Frente Democrático Nueva Guatemala.

UD – Unión Democrática

Gegründet: 1993 – Mitglieder: 4.186 – Abgeordnete: 1 – Generalsekretär: José Luis Chea Urruela

Doktrin: Partei der armen Bevölkerungsteile, Volkstum und Fortschritt, sozialdemokratische Ideale, Förderung der Erziehung und aller Kulturen des Landes.

Parteigeschichte:

Gründung: 1993, 1994 Gewinn eines Parlamentsitzes.

Regierungsprogramm:

1. Erziehungsreform
2. Umwandlung der Infrastruktur und der öffentlichen Dienste
3. Modernisierung der Agrarstruktur
4. Erstellung eines funktionellen Sicherheitssystem für die Bürger
5. Neugestaltung der Gesundheitsfürsorge
6. Durchführung einer aktiven internationalen Politik
7. Miteinbeziehung der Mayabevölkerung in die nationalen Entscheidungen
8. Unterstützung von Projekten des Umweltschutzes
9. Einrichtung eines ständigen nationalen Dialoges.

Präsidentschaftskandidat:

José Luis Chea Urruela, 41 Jahre; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Landívar, Guatemala, Master in Internationalen Beziehungen an der Universität Georgetown, Washington D.C., Dokortitel in Lateinamerikanischen Studien an der Universität von Austin, Texas, (USA).

Von 1983 bis 1987 Beamter im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (PNUD).

1987-88 Vizeaußenminister unter der Regierung der DCG, 1988-1989 Botschafter

Guatemalas beim Sitz der UNO in Genf; 1990-1991 Berater für den Außenhandel im Sekretariat für die wirtschaftliche Integration Zentralamerikas (SIECA); 1991 Berater für den Fonds der Vereinten Nationen für die Bevölkerung (UNFRA).

Wählerschaft und Wahlsystem

Anzahl und Zusammensetzung der Wählerschaft

Gemäß der Volkszählung, die im April 1994 durchgeführt und im Mai 1995 veröffentlicht wurde, besteht die Bevölkerung Guatemalas aus 8.322.051 Personen. Das Ergebnis dieser Zählung wird jedoch angezweifelt, da technische Fehler unterlaufen sein sollen. Zehn Prozent der Bevölkerung sollen nicht erfaßt worden sein. Somit hätten wir mit einer Bevölkerung von ca. neun Millionen zu rechnen. Das Wahlgericht (TSE) konnte diese letzte Volkszählung jedoch nicht als Grundlage für die Wahlen ansetzen, da zum gesetzlichen Zeitpunkt der Wahleinberufung das Ergebnis der Zählung noch nicht offiziell bestätigt war. Somit traten nach der Interpretierung des TSE die Zahlen der alten Volkszählung von 1981 in Kraft, mit nur 6.054.227 Einwohnern. Auf dieser längst überholten Schätzung basierte nun für die Wahlen von 1995 die zahlenmäßige Zuordnung der Abgeordneten der Bezirks- und Landeslisten.

Die Gegenüberstellung der Zahlen aus der Volkszählung 1981 und dem Wahlregister von 1995, die umstandshalber beides Grundlagen für verschiedene Berechnungen innerhalb des Wahlgeschehens sein mußten, stellt sicherlich ein Kuriosum in der Beschreibung dieser Wahlen dar.

Im Gegensatz zu den alten Zahlen von 1981 und zu den schließlich trotz allem offiziell anerkannten Ergebnissen der Zählung von 1994 war traditionell nach einer Hochrechnung von SEGEPLAN (Proyección de Población Urbana y Rural por Región y Departamentos, 1980-2000, SEGEPLAN, Guatemala, Nov. 1988) die Bevölkerung Guatemalas für 1995 auf ca. 10,6 Millionen Einwohner geschätzt worden. Diese Zahl wiederum ist sicherlich zu hoch angesetzt und berücksichtigt weder die Folgen des Bürgerkriegs (Tote und Flüchtlinge) noch die hohe Anzahl von meist illegalen Auswanderungen nach USA in den achtziger und neunziger Jahren.

Es läßt sich deshalb die echte Anzahl der Wahlberechtigten (in Guatemala wohnhafte Staatsbürger über 18 Jahre) nicht genau feststellen. Nach der erwähnten Projektion von SEGEPLAN würde die Anzahl der Wahlberechtigten bei ca. 5,2 Millionen Personen, gemäß der Volkszählung von 1994 jedoch nur bei 4,1 Millionen liegen. Die Anzahl der Wähler, die ins Wahlregister eingetragen war, betrug zum 12. 8. 1995, dem Einschreibungsstichtag, 3.711.589 Personen. Das wären gemäß der Hochrechnung von SEGEPLAN ca. 71 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung, laut Volkszählung 1994 hingegen 90 Prozent. Letzteres wäre in einem Land wie Guatemala nach Angabe lateinamerikanischer Sachverständiger (Wahlbeobachter der Organisation Amerikanischer Staaten – OAS – und von CAPEL, Costa Rica ein schwer zu erklärender Ausnahmefall, da in vergleichbaren Ländern die eingeschriebene Wählerquote bei 60 oder höchstens 70 Prozent der Zahl der wahlberechtigten Bevölkerung liegen soll.

Auch wurden vom Obersten Wahlgericht (TSE) keine Angaben gemacht, wieviele der im gültigen Wahlregister seit 1985 eingeschriebenen Wähler (empadronados) verstorben und wieviele seitdem emigriert sind. Dadurch ergeben sich auch Zweifel, ob die offizielle Zahl der “empadronados” entsprechend korrigiert wurde. Diese Zahl von nicht registrierten Verstorbenen und Emigranten wird auf mindestens zehn Prozent geschätzt. Somit hätten wir es – konservativ gerechnet – mit ca. 3.340.000 “echten” Wählern als Grundlage zur Berechnung der Wahlbeteiligung zu tun.

Bei den eingeschriebenen Wählern sind folgende Altersstufen verzeichnet:

27 Prozent zwischen 18 und 30 Jahre

48 Prozent zwischen 31 und 50 Jahre

20 Prozent zwischen 51 und 70 Jahre

5 Prozent sind über 70 Jahre alt.

Außerdem sind 32 Prozent dieser Wähler Analphabeten, 59 Prozent sind männlichen Geschlechts, und 27 Prozent wohnen in der Hauptstadt, bzw. in deren Einzugsgebiet.

Das derzeitige Wahlsystem

Seit 1985 gilt ein neues Wahlgesetz, dessen letzte Reformen durch die Volksbefragung vom 30.01.1994 eingeführt wurden. Demnach wird ab 1996 die Amtsperiode für den Präsidenten und Vizepräsidenten, die Kongreßabgeordneten (deren Zahl reduziert wurde und sich nun auf 80 beläuft), sowie alle Bürgermeister und Gemeinderäte auf vier Jahre herabgesetzt bzw. vereinheitlicht. Von dieser Reform bleibt die Amtszeit der Abgeordneten im Zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN) ausgenommen, die sich weiterhin über fünf Jahre erstreckt. Außerdem ließ die Reform die fünfjährige Amtszeit von 30 der 1993 gewählten Bürgermeister und Gemeinderäte unangetastet, die erst 1998 ausläuft.

Zur Wahl standen somit am 12. 11. 1995 folgende Ämter:

- die Präsidentschaft (einschließlich Vizepräsidentschaft).
- 80 Abgeordnete für den nationalen Kongreß, davon 64 gemäß Bezirks- und 16 gemäß Landeslisten.
- 20 Abgeordnete für das PARLACEN (und deren Stellvertreter).
- 300 Bürgermeister mit ihren jeweiligen Gemeinde- und Beiräten.

Das Wahlgesetz sieht seit 1985 weiterhin vor, daß eine Stichwahl erforderlich ist (2. Wahlrunde), wenn einer der Präsidentschaftskandidaten nicht die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Wählerstimmen erlangt, ein Vorgang, der sich bei diesen letzten Wahlen nunmehr zum dritten Mal abspielte, da seit 1985 keiner der Kandidaten die nötige Stimmenzahl erreichte.

Nach dem gültigen Wahlsystem wird der Präsident mit seinem Vizepräsidenten nach dem absoluten Mehrheitsprinzip gewählt, während das proportionelle Minderheitssystem nach D' Hondt bei den Wahlen der Parlamentsvertreter (Kongreß und PARLACEN) angewandt wird. Auf der Kommunalebene herrscht ein gemischtes System, je nach Art der Ämter, von Minderheitsprinzip bzw. einfacher Mehrheit.

Bei der Wahl für den Kongreß werden laut der letzten Wahlreform in Direktwahl 25 Prozent der Abgeordneten nach Landeslisten und 75 Prozent nach Bezirkslisten gewählt. In letzteren ist die Verteilerzahl auf einen Abgeordneten pro 80.000 Einwohner berechnet, was zum Teil zu krassen Mißverhältnissen in der Parlamentsvertretung der kleinen Wahlbezirke führt, da alle Restbestände verlorengehen. So ist beispielsweise der Bezirk Sololá mit 154.249 Einwohnern (Volkszählung 1981) und 80.555 eingeschriebenen Wählern (Eintragung des TSE vom August 1995) nur durch einen Abgeordneten vertreten, während im Bezirk Alta Verapaz vier Parlamentarier für 322.008 Einwohner und 154.027 Wähler zuständig sind.

Die Wahlen 1995/96

Ablauf der Wahlen vom 12. 11. 1995 (Erste Wahlrunde)

Die allgemeinen Wahlen für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft, die Abgeordneten des nationalen Kongresses und des PARLACEN sowie 300 Bürgermeisterämter und Gemeinderäte fanden am 12. 11. 1995 statt. Hunderte von ausländischen Journalisten und ca. 450 internationale Wahlbeobachter waren anwesend.

Zur ordentlichen Durchführung der Wahlen wurden 30.000 Personen vom Obersten Wahlgericht (TSE) eingesetzt. Landesweit wurden 6.348 Wahlische aufgestellt, an denen die Bürger von 7 bis 18 Uhr ihre Stimme abgeben konnten.

Jeder Wähler bekam fünf Stimmzettel in verschiedenen Farben:

Weiß zur Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten,
grün für die Abgeordneten der nationalen Liste,
blau für die Direktmandate,

rot für das zentralamerikanische Parlament,
gelb für die Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte.

Der Wahltag verlief in aller Ruhe bis zum Abend. Eine optimale Wahlbeteiligung wurde jedoch von vorneherein durch gewisse Eigenheiten des Wahlgesetzes sowie topographische und andere Besonderheiten eines Drittweltlandes wie Guatemala erschwert.

Da laut Wahlgesetz Wahltsche nur in Kreisstädten aufgestellt werden dürfen und diese zum großen Teil weite und unwegsame Bezirke verwalten, kamen viele Bürger aufgrund fehlender Transportmittel nicht dazu, die Wahllokale aufzusuchen. Manche Wähler auf dem Lande müssen hierfür bis zu zwei Reisetage rechnen. Hinzu kommen die Transportkosten und der Verdienstausschlag. Die Regierung hatte ein Angebot der EU zur Finanzierung zum kostenlosen Transport am 12. November wegen verwaltungstechnischer Schwierigkeiten abgelehnt. Hinzu kam, daß die eingeschriebenen Wähler anderen Wahllokalen als bei den Vorwahlen zugeordnet waren und erst aus der Zeitung erfuhren, in welchem Wahllokal (in der Hauptstadt Guatemala gab es z.B. 43 Zentren) sie sich einzufinden hatten. Viele Wähler mußten die ganze Stadt durchqueren, um wählen zu können. Außerdem wurden die Familien durch dieses System willkürlich auseinandergerissen. Mangelnde Information führte ferner dazu, daß manche Wähler ein falsches Wahllokal aufsuchten.

Eine zusätzliche Behinderung ergab sich durch den komplizierten und zeitraubenden Wahlvorgang mit fünf verschiedenen Stimmzetteln. Es bildeten sich zeitweise lange Warteschlangen. Auch die Auszählung war langwierig.

Da die Zuckerrohrernte in den Küstengebieten bereits begonnen hatte, konnten viele Saisonarbeiter, die aus dem Hochland stammen, ihre Arbeitsplätze nicht verlassen, um in ihrem Heimatort, in dem sie eingeschrieben waren, ihr Wahlrecht auszuüben.

Schließlich fiel um Mitternacht des Wahltages im gesamten Land der Strom für 1 1/2 Stunden aus. In zehn Gemeinden wurde dies zu Übergriffen auf die Wahllokale ausgenützt und Wahltsche, Urnen oder das ganze Wahllokal angezündet. Es wurden Wahlleiter als Geiseln genommen, Wahllokale besetzt und die Stimmzettel und Wahllisten entwendet oder verbrannt. In einigen wenigen Gemeinden mußte die Wahl daher wiederholt werden.

Da der Stromausfall in der Wahlnacht zunächst als Sabotageakt mit dem Ziel der Wahlfälschung gedeutet wurde, beantragten die nationalen Wahlbeauftragten von acht Parteien einen Tag nach der Wahl beim Obersten Wahlgericht die Verlängerung der Frist zur Stimmenauszählung und Revision (laut Gesetz fünf Tage).

Bis Mitternacht waren am Wahltag erst vier Prozent der abgegebenen Stimmen gezählt und an das Oberste Wahlgericht gemeldet worden. In den Abendstunden des darauffolgenden Tages (13. 11.) waren erst 50 Prozent der Stimmen, am Abend des 14. 11. ca. 94,55 Prozent aller Stimmen ausgezählt.

Trotz all dieser Hindernisse wurden jedoch der Wahlprozeß an sich und die Ergebnisse von keiner Seite ernsthaft angezweifelt.

Die Ergebnisse der ersten Wahlrunde

Übereinstimmend mit den Ergebnissen der außerordentlichen Parlamentswahlen von 1994 und den Meinungsumfragen des Wahljahres, stand schon lange vor den Wahlen vom 12. 11. 1995 fest, daß die konservativen Parteien PAN und FRG, – Gewinner von 56 der 80 Parlamentssitze im Vorjahr -, die besten Wahlchancen besaßen, gefolgt von der wichtigsten Option der Mitte, der Alianza Nacional.

In den letzten Monaten vor den Wahlen zeichnete sich jedoch immer deutlicher ab, daß die PAN mit ihrem Kandidaten Alvaro Arzú mit großer Wahrscheinlichkeit den Sieg davontragen würde, allerdings nur mit relativer Mehrheit, während die FRG mit Portillo bei einigem Abstand auf den zweiten Platz käme. So gesehen entsprach der Wahlausgang der ersten Runde den Erwartungen. Arzú erzielte 36.5 Prozent und Portillo 22 Prozent der Wählerstimmen (s. Tabelle 2).

Als interessante, neue Option stellte sich die FDNG zur Wahl. Ihre potentielle Stärke wurde von keiner Meinungsumfrage richtig erkannt. Der Stimmenanteil von 7,8 Prozent, den die FDNG innerhalb von ca. zwei bis drei Monaten seit ihrer Gründung als Partei und mit ganz geringen Geldmitteln gewann, wird allgemein als die "große Überraschung" dieser Wahlen bezeichnet.

Auf der anderen Seite bewiesen jedoch die Wahlen, daß in dem ideologischen Spektrum Guatemalas zur Zeit die konservativen Kräfte, bekannt als "politische Rechte", durchweg dominieren. Im Gegensatz dazu scheinen einerseits die repräsentativen Organisationen der "Linken", die bisher den schwächsten ideologischen Sektor der politischen Szene ausmachten, eine steigende Anziehungskraft aufzuweisen, während die Optionen der Mitte eine bedrohliche Einbuße ihres vor zehn Jahren mehrheitlichen Zuspruchs seitens der Bevölkerung erlitten haben.

Gemäß den Wahlergebnissen setzt sich der Kongreß aus sieben politischen Parteigruppen zusammen, angeführt von PAN (43 Sitze) und FRG (21 Sitze) und gefolgt von FDNG (6 Sitze), DCG (4 Sitze), UCN (3 Sitze), UD (2 Sitze) und MLN (1 Sitz). 14 Parteien haben ihren Parteienstatus verloren, da sie weder die gesetzlich vorgeschriebenen vier Prozent der Wahlstimmen noch einen Sitz im Kongreß erlangen konnten. Nur 22 der insgesamt 158 Bürgerkomitees konnten sich gegen die Parteien behaupten und gewannen Bürgermeisterämter.

Mehrheit für PAN und FRG, ein unkämpfter erster Platz

Großer Gewinner war in der ersten Wahlrunde die PAN, die nun mit 43 Sitzen über die absolute Mehrheit im Parlament verfügt und mit insgesamt 109 Bürgermeistern ein Drittel der Gemeindeverwaltungen in der Hand hat. 107 wurden neu gewonnen und zwei weitere gehören zu den 30 Bürgermeistern, die 1993 gewählt wurden und deren Amtszeit 1998 aufhört. In der Hauptstadt wurde, diesmal sogar mit 71 Prozent der Stimmen, Oscar Berger, – wahrscheinlicher Präsidentschaftskandidat der PAN für 1999 –, als Bürgermeister wiedergewählt. Mit ihrer Mehrheit im Kongreß kann sie das Gros der Gesetze, die nur der einfachen Stimmenmehrheit bedürfen, – darunter auch den Haushaltsplan der Nation –, annehmen oder ablehnen. Auch im PARLACEN erzielte sie acht von 20 Sitzen, eine beachtliche 40 Prozentquote.

Die FRG, die sich seit ihrem Wahlsieg bei den außerordentlichen Parlamentswahlen im August 1994 als möglicher Gewinner der allgemeinen Wahlen von 1995 profiliert hatte – (32 von 80 Sitzen gegenüber 24 Sitzen der PAN als zweite Kraft) – konnte sich im ersten Wahlgang auf allen Ebenen nur auf den zweiten Platz der Wählergunst plazieren. Rund 22 Prozent Stimmenanteil für die Präsidentschaft, 21 von 80 Sitzen im Kongreß und fünf von 20 im PARLACEN sowie 46 von 300 Bürgermeisterämtern, die auf dem Spiel standen, sind ein Ergebnis, das – außer auf der Präsidentschaftsebene – mehr oder weniger ein Kräfteverhältnis von eins zu zwei in Bezug auf die PAN veranschaulicht. Dies erklärt u. a. auch, weshalb die PAN in ihrer ursprünglichen Wahlstrategie für die Stichwahl annahm, daß sie ein relativ leichtes Spiel gegen ihren Konkurrenten Alfonso Portillo von der FRG am 7. 1. 1996 haben würde und sich daher nicht intensiv um Allianzen zu kümmern brauche. Letzteres stellte sich als gravierender Fehler heraus, der die PAN beinahe um ihre Präsidentschaft gebracht hätte. In Bezug auf das relativ schlechte Abschneiden der FRG in der ersten Wahlrunde muß darauf verwiesen werden, daß die Popularität dieser Partei bisher im Grunde voll abhängig war von ihrem "Führer" und nun zum zweiten Mal vergeblich postulierten Präsidentschaftskandidaten, General Rios Montt. Die Wahlvorhersagen besagten bis ca. März 1995, – Zeitpunkt, zu dem auch die Christdemokraten dem General ihren angeblichen Rückhalt entzogen und Fernando Andrade als eigenen Kandidaten in der Wahlallianz DCG-UCN-PDC aufstellten –, daß der charismatische General der FRG der wahrscheinliche Wahlsieger sei, insbesondere gegenüber dem hölzernen Kandidaten Arzú von der PAN.

Ab spätestens März 1995 verschwor sich das gesamte politische System Guatemalas unter Anfeuerung der internationalen Gesellschaft gegen diese autoritär-reaktionäre Option, die blutige Erinnerungen heraufbeschwor. Die katholische Kirche tat das ihre dazu, damit das protestantische Sektentum über einen solchen Präsidenten nicht noch mehr Fuß als schon gehabt im Lande fassen könne. Das System gewann die Schlacht. Alle legalen Instanzen bestätigten – genau wie schon zu den Wahlen von 1990 – die Unrechtmäßigkeit des Präsidentschaftsanspruchs von Rios Montt, diesmal auch einschließlich seiner nächsten Familienangehörigen, die zur eventuellen Postulation bereit standen.

Im August 1995 mußte sich die FRG nach einem anderweitigen Kandidaten umsehen, da auch weitere Führungspersönlichkeiten der Partei aus anderen legalen Gründen disqualifiziert worden waren. So fiel die Entscheidung zugunsten von Alfonso Portillo, dem einstigen Günstling von Alfonso Cabrera, Generalsekretär der DCG aus. Portillo hatte sich mit der christdemokratischen Parteiführung im März 1995, anlässlich der Kandidatur von Fernando Andrade und der Allianz mit UCN und PSD, überworfen. In seiner Funktion als stellvertretender Generalsekretär und Fraktionschef bündelte er die Eigeninteressen der meisten der 1994 frischgewählten und unerfahrenen christdemokratischen Abgeordneten, die innerhalb der Allianz (AN) keine Chancen hatten, als Kandidaten für die Wiederwahl aufgestellt zu werden. Portillo überzeugte sie zum Austritt aus der DCG und Eintritt in die FRG, deren Fraktion sich so auf einen Schlag um acht neue Mitglieder bereicherte. Die meisten derselben wurden zur Wiederwahl als Abgeordnete bzw. als Kandidaten für Bürgermeisterämter von der FRG postuliert. Auf den charismatischen und rhetorisch begabten Portillo selbst fiel die Wahl zum Präsidentschaftskandidaten.

Wenn man nun auf die Meinungsumfragen von ASIES zurückgreift, so ist es kein Wunder, daß im August 1995 Rios Montt (definitiv vom TSE abgelehnt) nur noch 10,2 Prozent und Portillo (kaum ernannt) mit null Prozent der Wählerpräferenz erscheint. Die stark ansteigende, dort erfaßte Tendenz zugunsten von Portillo im Oktober (10,3 Prozent) und Anfang November (16 Prozent) spiegelt einerseits die stark publizierte Unterstützung, die Portillo von Rios Montt erhielt wie auch das eigene Charisma populistischer Natur von Portillo selbst wider. Daß Portillo in knapp zweieinhalb Monaten in einer sparsamen Kampagne von null auf 22 Prozent Stimmenanteil ansteigen konnte, ist ein voller Erfolg. Die PAN – und besonders Arzú – hingegen hatten durch den Abtritt von Rios Montt vorzeitig den Höhepunkt ihrer Kampagne erreicht und befanden sich im November längst auf dem absteigenden Ast der Wählerbeliebtheit. Die Tendenz hielt allem Anschein auch nach der ersten Wahlrunde weiter an und bewirkte, daß Portillo erheblich stärker als Arzú die Wähler der ausgeschiedenen Präsidentschaftskandidaten für die Stichwahl am 7. 1. 1996 an sich ziehen konnte.

Christdemokraten und andere Parteien der Mitte

Die Parteien des demokratischen Zentrums, DCG und UCN, die 1985 das politische Spektrum voll beherrscht hatten (insgesamt 59 Prozent der Stimmen) und 1990 noch 43 Prozent der Wählerschaft für sich einnehmen konnten, erzielten als Wahlallianz AN unter zusätzlicher Einbeziehung der kleinen PSD insgesamt nur einen Stimmenanteil von knapp 13 Prozent. Zugrundegelegt werden bei diesen Prozentsätzen stets die Stimmenzahlen der Präsidentschaftswahlen in der ersten Runde (s. Tabelle 2).

Bei den derzeitigen Wahlen in Guatemala hat sich ein Phänomen ergeben wie vergleichsweise schon zuvor in El Salvador. Nach christdemokratischen Regierungen, die in den achtziger Jahren unter bürgerkriegsähnlichen Bedingungen die Transition von rechtsautoritären Regimes zu demokratischen Systemen einleiteten, kam es in beiden Ländern zu einem erheblichen Rechtsruck in den Präferenzen der Wähler, der nachhaltig in den Ergebnissen der verschiedenen Wahlprozesse ab 1988 in El Salvador und ab 1990 in Guatemala seinen Ausdruck gefunden hat.

Da der genannte Prozeß, der gleichfalls in anderen Ländern Lateinamerikas moderate rechtsgerichtete Regierungen neoliberalen oder neokonservativen Gepräges an die Macht gebracht hat, auch für die guatemalteckischen Politiker der Zentrumsparteien einsichtig war, versuchten diese, durch ihren taktischen Zusammenschluß in einer Wahlallianz der Tendenz zu begegnen. Die Chance lag darin, daß die konservative Rechte nun in zwei Fronten gespalten war -PAN und FRG-, wohingegen die demokratische Mitte sich verbündete. Allerdings wurden bei diesem Bündnis verschiedene Faktoren nicht genügend in Erwägung gezogen.

UCN und DCG waren in den Wahlen von 1985 und 1990 als die größten gegenseitigen Kontrahenten aufgetreten, was innerhalb ihrer Basisgruppen tiefe Feindschaften verursacht hatte. Nach dem Zusammenschluß hatten alle 3 Parteien, jedoch besonders UCN und DCG, große Probleme mit ihren Mitgliedern. In jeder Partei kam es zu Austritten von führenden Persönlichkeiten, da sie weder mit der Allianz noch mit dem gemeinsamen Kandidaten, Fernando Andrade, einverstanden waren. Andrade gehörte zwar fachlich zu den besten Kandidaten, hatte jedoch wenig Ausstrahlung auf die Wählerschaft. Seine Kandidatur sowie die ganze Allianz beruhte zudem auf einem Abkommen der Parteikuppeln, bei dem die Basis nicht zuvor befragt worden war.

Der enorme Verschleiß der UCN und DCG in den Augen der Wähler beruht zusätzlich auf der parlamentarischen Allianz, die beide Parteien bis kurz vor dem mißglückten Staatsstreich von Jorge Serrano mit dessen Partei MAS aufrecht erhalten hatten und dem unglücklichen Manövrieren zwischen widersprüchlichen Tendenzen (erst PAN und dann FRG) unter dem Regime von De León Carpio.

Der Vergleich der Wahlergebnisse von 1985, 1990/91 und 1995/96 gibt Aufschluß über den enormen politischen Abstieg, dem sowohl die DCG wie die UCN gegenüberstehen und der heutzutage in eine akute Überlebenskrise auszuarten scheint (s. Tabelle 2). Im nationalen Kongreß sanken die Christdemokraten in zehn Jahren von der absoluten Mehrheit der 1985 erzielten Sitze (51 von 100) auf den dritten Platz mit 27 von 116 Sitzen (23,28 Prozent) im Jahre 1990 und landeten schließlich auf einem schwachen vierten Platz mit nur vier von 80 Sitzen und damit auf fünf Prozent der parlamentarischen Vertretung bei den Wahlen von 1995.

Die Entwicklung der UCN verläuft in diesem Sinne noch dramatischer in den gleichen Zeitabläufen, beginnend 1985 mit 22 von 100 Sitzen und ansteigend auf 41 Sitze (35,34 Prozent) im Jahre 1990, um sich schließlich mit drei Sitzen (3,75 Prozent) bei den Wahlen von 1995 bescheiden zu müssen.

Auf der Gemeindeebene ist die Schwächung für die Christdemokraten weniger extrem. Die DCG sank in zehn Jahren von 182 von 330 Gemeinden (55 Prozent), die sie 1985 gewann, im Jahre 1990 auf 87 von 300 Gemeinden (29 Prozent) und schließlich auf 54 von 300 Bürgermeisterämtern die sie allein bzw. in Koalition im Jahre 1995 gewann, zusätzlich bleiben ihr noch sieben Ämter erhalten, die 1993 gewonnen worden waren und erst 1998 auslaufen. Die UCN hingegen bewegt sich auf diesem Sektor zwischen 20,6 Prozent Anteil an gewonnenen Bürgermeisterämtern im Jahre 1985, 43,7 Prozent Anteil 1990 und 9,7 Prozent bei den letzten Wahlen von 1995.

FDNG – die große Überraschung

In dem Kongreß, der sich am 14. Januar 1996 konstituiert, ist die Teilnahme der FDNG, die sechs Sitze erhielt, neu. Als Partei ist sie somit die dritte politische Kraft im Parlament. Die FDNG stellt sich als eine neue, linksorientierte politische Partei im Lande dar, die erstmalig an einer Wahl teilnahm. Die verschiedenen sozialen Gruppen, die sie bilden, hatten nur wenige Monate Zeit, um die Partei aufzubauen. Die FDNG integrierte Gruppen der organisierten *indigenas*, Gewerkschaften, Gruppen für Menschenrechte, Absplitterungen demokratischer Parteien und andere Verbände der gemäßigten Linken. Viele derselben hatten

bereits in der Asamblea de la Sociedad Civil – ASC – zusammengearbeitet, einer unparteiischen Instanz, die sich infolge des Staatsstreich-Versuches von Jorge Serrano bildete und eine wichtige Rolle in der Diskussion der Themen der Friedensverhandlungen mit der Guerilla gespielt hat. Schließlich schaffte sie ihre rechtzeitige Einschreibung als Partei durch ein geschicktes Manöver, indem sie sich der mittlerweile völlig bedeutungslosen Partido Revolucionario (PR) anschloß und deren Namen sofort zu Frente Democrático Nueva Guatemala (FDNG) abänderte. Bei diesem Manöver verlor sie allerdings einen Teil ihrer pluralistischen Anhängerschaft.

Unter anderem sind die Menschenrechtsgruppen Grupo de Apoyo Mutuo (GAM) mit Nineth Montenegro, CONAVIGUA mit Rosalina Tuyuc, und Runujel Junam mit Amilcar Méndez als Abgeordneter der FDNG im neuen Kongreß, sowie eine weitere Maya-Repräsentantin. Der FDNG werden Bindungen zur vereinten Guerilla-Bewegung URNG nachgesagt, was jedoch beide Organisationen energisch bestreiten. Wahrscheinlich ist jedoch ihre Anhängerschaft in ländlichen Gebieten insbesondere innerhalb der streitbaren Organisation sozialer Bewegungen CUC (Comité de Unidad Comunitaria) zu finden, die sich im Widerstand gegen die staatliche Repression in den 70er und 80er Jahren bildete und im Untergrund gegen das Regime arbeitete.

Die Bedeutung der FDNG innerhalb des neuen politischen Kräftespiels ist noch schwer abzuschätzen. Im institutionellen Bereich verfügt sie bisher über sechs von 80 Sitzen im Kongreß, zwei von 20 Sitzen der guatemaltekischen Fraktion im PARLACEN und vier der insgesamt 330 Bürgermeisterämter des Landes.

Bedeutung der Wahlergebnisse für die Mayabevölkerung

Wie das zuvor beschriebene politische Verhalten der Mayabevölkerung erwarten ließ, konnten in diesen Wahlen keine spektakulären Erfolge in der institutionellen Machtverteilung zu ihren Gunsten erzielt werden, zumindest nicht als eigenständige, vereinte Maya-Bewegung. Ähnlich in früheren Wahlen wurden auch 1995 innerhalb verschiedener Parteien einige Indígenas als Kandidaten für den nationalen Kongreß aufgestellt. Insgesamt sollen sich diesmal sieben bis acht der neugewählten 80 Abgeordneten als dem Mayavolk zugehörig erklären, also ca. zehn Prozent der Parlamentsvertreter. Im Vergleich zu den entsprechenden Zahlen der Vorjahre – (1985 konnte man acht von 100 Kongreßabgeordneten als Mayas indentifizieren, 1990 waren es nur sechs von 116 und 1994 aufgrund der außerordentlichen Parlamentswahlen fünf von 80) – hat sich der prozentuale Anteil der parlamentarischen Vertretung der Mayabevölkerung bei diesen letzten Wahlen leicht erhöht, steht sie jedoch immer noch in einem krassen Mißverhältnis zu ihrem eigentlichen Vertretungsanspruch als wahrscheinlich mehrheitliche Bevölkerungsgruppe.

Auf der Kommunalebene hingegen hat sich mittlerweile die Beteiligung der Mayas an den Gemeindeverwaltungen über das Instrument der Bürgerkomitees wie auch über die Postulation von Maya-Kandidaten durch diverse Parteien (bes. PAN, DCG, FRG, UCN) verstärkt. Die Identifizierung ist bisher nur annähernd möglich, indem man von den Vor- und Familiennamen der gewählten Bürgermeister ausgeht, da keine wissenschaftlichen Untersuchungen hierzu vorliegen. Immerhin befinden sich jetzt unter den 300 neugewählten Bürgermeistern 80 - 85 indianische Namen.

Geringe Unterstützung der militärischen Präsidentschaftskandidaten

Im ersten Wahlgang erhielt keiner der ehemaligen Militärs, die als Kandidaten für die Präsidentschaft aufgestellt wurden, eine größere Unterstützung durch die Wähler. Noch die beste Position mit dem achten Platz erzielte General Mario López Fuentes, von der alten rechtsextremen Partei, der MLN, postuliert. Dies steht im Kontrast zu den ursprünglich ausgezeichneten Wahlchancen der FRG unter der Kandidatur von General Rios Montt wie auch zu dem guten Wahlergebnis, das die FRG schließlich erzielte. Zum Schluß trug hierzu

wohl auch die Kandidatur von Alfonso Portillo als Zivilist bei. Jedoch darf man nicht vergessen, daß sein Vizepräsident-Kandidat (General Carlos Aníbal Méndez) ein Militär im Ruhestand war und daß Portillo erst im August 1995 als notfallbedingter Präsidentschaftskandidat von der FRG aufgestellt wurde, als die Kandidatur ihres Generalsekretärs, General a. D. Efraín Ríos Montt, von dem Wahlregister definitiv abgelehnt worden war. Laut den verschiedenen Meinungsumfragen vor diesem Zeitpunkt hatte Ríos Montt die besten Chancen, den ersten bzw. zweiten Platz in den Präsidentschaftswahlen zu erringen. Ríos Montt ließ auch in der Endphase des Wahlkampfes keinen Zweifel über die Tatsache aufkommen, daß er der Führer der Partei sei und bleibe, sodaß das militärische Element in der Kampagne der FRG als ein wesentlicher Faktor präsent blieb.

Trotzdem kann man sagen, daß die Wahlen von 1995/96 durchaus von den zivilen Kandidaten dominiert wurden, da diese die ersten sieben Plätze belegten.

Seit dem Beginn des aktuellen demokratischen Prozesses (1985) ist dieses die dritte allgemeine Wahl in der, wie in den beiden vorhergehenden, ein ziviler Kandidat demokratisch gewählt wird. Allerdings wurde sowohl 1990 wie 1995 die Kandidatur des Generals Ríos Montt über relativ künstlich-legale Instrumente verhindert, wodurch der Sieg der Zivilisten ungefährdet blieb.

Wahlbeteiligung und Vertrauenswürdigkeit der Wahlen

Die Wahlbeteiligung in der ersten Runde betrug nach offiziellen Angaben des Wahlgerichtes (TSE) 47 Prozent, und in der zweiten Runde waren es 37 Prozent. Dies ist ein neuer bemerkenswerter Anstieg, da bei der Volksbefragung im Januar 1994 nur 16 Prozent und bei den außerordentlichen Parlamentswahlen im August 1994 ebenfalls nur 21 Prozent der eingeschriebenen Wähler ihr Stimmrecht ausübten. Ursprünglich hatte man eine weitaus größere Stimmenthaltung für die Wahlen von 1995/96 befürchtet. Es sei auch wieder darauf hingewiesen, daß die echte Wahlbeteiligung bei ca. 52 Prozent in der ersten Runde und bei 41 Prozent in der zweiten Runde liegt, wenn man zehn Prozent der eingeschriebenen Wähler als reell nicht existent ansehen muß.

Dies deutet darauf hin, daß das Vertrauen in das System, das durch die politischen Vorgänge im Mai 1993 (*autogolpe*) und seine Vorgeschichte reduziert war, zurückkehrt. Einige operative Schwierigkeiten, die sich aus dem gültigen Wahlgesetz ergeben und den bequemen Zugang zu den Wahllokalen für die Bevölkerung erschwerten, müßten so schnell wie möglich über eine Gesetzesreform für die Zukunft behoben werden.

Die Wahlergebnisse wurden von keiner Seite angezweifelt. Die Autorität und gründliche Verfahrensweise des Obersten Wahlgerichtes sowie die Anwesenheit der internationalen Beobachter stärkten das Vertrauen der Wählerschaft zusätzlich, da sie die Sauberkeit und Durchschaubarkeit des Wahlprozesses garantierten und somit die Gültigkeit der Resultate im In- und Ausland bezeugten.

Die zweite Wahlrunde vom 7. 1. 1996 und ihre Ergebnisse

Wenn man in der ersten Wahlrunde das Phänomen der FDNG als "die Überraschung" bezeichnete, da sie sich als völlig neue Partei im ersten Anlauf mit sechs von 80 Abgeordneten auf die dritte Stelle im nationalen Kongreß plazierte, so ergab in der zweiten Wahlrunde das Phänomen "Portillo-FRG" mindestens den gleichen Überraschungseffekt. Im ersten Wahlgang hatte die PAN mit Alvaro Arzú einen Vorteil von 224.029 Stimmen und damit 14,46 Prozentpunkten gegenüber dem zweitstärksten Kandidaten von der FRG, Alfonso Portillo, erzielt. In der Stichwahl vom 7. 1. 1996 schmälerte sich dieser Vorsprung hingegen auf 31.956 Stimmen, gleichbedeutend mit 2,44 Prozent der gültigen Wählerstimmen. Während Alvaro Arzú in der Zeit vom 12. 11. 1995 bis zum 7. 1. 1996 mittels einer kostspieligen, publizistisch aufgelegten Kampagne nur weitere 105.965 Stimmen für sich gewinnen konnte, brachte Alfonso Portillo mit offensichtlich wesentlich geringeren Geldmitteln fast eine Verdoppelung der Wählerstimmen zu seinen Gunsten zustande, da er

298.038 neue Stimmen für sich verbuchen konnte. Prozentual gesehen in Bezug auf die Wahlbeteiligung, verbesserte sich Portillo sogar noch stärker, da sein Stimmenanteil von 22,04 Prozent in der ersten Runde auf 48,78 Prozent in der zweiten Runde stieg. Vergleicht man die Ergebnisse der ersten und zweiten Wahlrunde mit den entsprechenden Zahlen von 1990/91, scheint sich in abgeschwächter Form ein ähnlicher Vorgang wie zwischen den damaligen Spitzenkandidaten Jorge Serrano und Jorge Carpio ergeben zu haben, wo das Motto "Alle gegen Carpio" letzteren, der die erste Wahlrunde knapp gewonnen hatte, in der Stichwahl zum Verlierer machte.

Für den knappen Wahlsieg von Arzú sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Zum ersten spielt der rein menschliche Typ der Kandidaten eine große Rolle. Der nüchterne, wenig charismatische und mit geringen Rednergaben ausgestattete Arzú hatte bereits in der ersten Wahlrunde große Schwierigkeiten, sich in öffentlichen Debatten gegenüber seinen Konkurrenten zu behaupten. Alfonso Portillo hingegen wurde u.a. "pico de oro" (Goldschnabel) benannt und verfügt über Mutterwitz und eine ausgesprochene rhetorische Begabung, ähnlich wie Jorge Serrano, für den Jorge Carpio auf der Rednerbühne auch kein ebenbürtiger Gegner war. Hinzu kommt jedoch als sachlicher Faktor, daß die PAN meinte, sich wenig um Allianzen kümmern zu müssen, da sie am 12. 11. 1995 mit fast 14,5 Prozent einen recht großen Vorsprung gegenüber Portillo erzielt hatte und außerdem über die absolute Mehrheit im Kongreß und eine annehmbare relative Mehrheit auf der Gemeindeebene verfügte. Die PAN fühlte sich im Grunde siegessicher.

Für die restlichen Parteien hingegen, die ab dem 12. 11. 1995 vom direkten Kampf um die Präsidentschaft ausgeschlossen waren, spielte der Faktor der Allianz – und dadurch eine mögliche Regierungsbeteiligung eine wichtige Rolle. Das Gleiche galt für die FRG, die sich auf allen Fronten in der Minderheit befand und nur über Allianzen an die Regierung kommen und auf Dauer regierungsfähig hätte bleiben können. Diese Rechnung stellte u.a. gewiß die stark geschwächten Parteien der Mitte (DCG und UCN) auf, aber auch die neuen Linksparteien FDNG und UD, alles Parteien, die organisatorisch fähig waren, im ländlichen Raum eine bestimmte Zahl der Wählerschaft zu mobilisieren. Wenn man die Wähler dieser vier Parteien zusammenzieht, kommt man bereits über den Stimmenzuwachs von Portillo hinaus (s. Tabelle 2). Außer der UCN sprach sich jedoch keine dieser Parteien offen für die FRG aus.

Ein weiteres Motiv zur Unterstützung von Portillo bzw. der FRG in der zweiten Wahlrunde soll das Wahlkampfargument der FRG gewesen sein, daß eine als wenig konziliant bekannte Rechtspartei wie die PAN, die über Mehrheiten im Kongreß und in den Gemeinderäten verfügt, mit Leichtigkeit zu einer intoleranten Regierung ausarten könnte, die das Mitspracherecht der Minderheiten wenig achten würde.

Tatsache ist, daß Arzú die Präsidentschaft schließlich nur gewann, da sein Vorsprung vor Portillo in der Hauptstadt von diesem in der kurzen Zeit nicht aufgeholt werden konnte. Hingegen gingen die Ergebnisse auf dem Lande in die entgegengesetzte Richtung (s. Tabelle 1). Während Arzú in der ersten Wahlrunde Sieger in 20 der 23 Wahlbezirke Guatemalas war, verkehrte sich das Verhältnis in der Stichwahl sozusagen in sein Gegenteil. Portillo überflügelte Arzú in 18 der 23 Bezirke. Da vor allem die Hauptstadt und das ganze stark städtische Departamento Guatemala den Wählerrückhalt für Arzú bildeten und sich im Gegensatz hierzu die meisten ländlichen Regierungsbezirke mehrheitlich gegen ihn aussprachen, wurde die neue PAN-Regierung als erstes als die "Regierung der Stadt" abgestempelt, ein Etikett, von der sich die "Panisten" beim Regieren freimachen müssen, da zwei Drittel der Gualtemalteken im besonders entwicklungsbedürftigen ländlichen Raum leben.

Ferner stellt sich für die PAN die stete Suche nach Vereinbarungen und Mitbeteiligungen der Opposition an wesentlichen Regierungsentscheidungen als umso nötiger dar, wenn man sich beim Vergleich der Wahlen vor Augen führt, daß seit 1985 zum ersten Mal ein Präsident sein

Amt antritt, der fast die Hälfte der effektiven Wähler nicht für sich einnehmen konnte und die bisher schwächste Wahlbeteiligung bei einer Stichwahl zu verzeichnen hat.

Ausblick und Herausforderungen

Kräfteverhältnis in der neuen Regierung

Bei diesen Wahlen ist die Partido de Avanzada Nacional (PAN) zur wichtigsten politischen Kraft des Landes geworden. Sie belegte den ersten Platz in der Präsidentschaftswahl und gewann den Bürgermeistersitz in der Hauptstadt, die absolute Mehrheit im Kongreß, die relative Mehrheit der guatemaltekischen Fraktion im Parlacen und die größte Anzahl (ein Drittel) der Bürgermeistersitze im Lande.

Durch ihre bisherigen politischen Aktionen stellt sich die PAN als eine Partei dar, die mit Nachdruck für Ehrenhaftigkeit, Effizienz und gute Administration eintritt. Diesen Eindruck vermittelte sie insbesondere der städtischen Bevölkerung, weshalb sie auch dreimal hintereinander den Bürgermeister in der Hauptstadt stellen können. Im Gegensatz zu anderen Parteien (DCG, UCN und FRG) erlitt sie im Kongreß keine Fahnenflucht seitens ihrer Abgeordneten und demonstrierte eine klare Linie in ihrer Arbeit.

Die Stimmen zugunsten der PAN kann man als Bestätigung ihrer selbst und als Lehre für andere Parteien interpretieren, da sie die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Bezug auf Korruption, Nepotismus, die allgemeine Kriminalität und die Uneffizienz beim Regieren demonstrieren.

Obwohl die PAN über eine solide parlamentarische Mehrheit verfügt, spielt die Präsenz anderer politischer Kräfte, wie FRG und FDNG, und der Parteien der Alianza Nacional (DCG und UCN) eine wichtige Rolle im Kongreß. Auf der Kommunalebene haben die Oppositionsparteien und Bürgerkomitees insgesamt sogar eine Zweidrittelmehrheit der Bürgermeisterämter unter ihrer Kontrolle.

Als linksgerichtete Gruppe könnte die FDNG ein Gegengewicht in Meinungsbildung bezüglich der Regierungspolitik der PAN vom Kongreß aus bilden und dies unter anderen Gesichtspunkten als die eher populistisch-konservativ ausgerichtete, nun größte Oppositionspartei, FRG.

Während des Wahlkampfes hat sich die PAN auch verschiedenen Gruppen wie der Central de Trabajadores del Campo (CTC), dem Movimiento Cooperativista und einigen eher progressiv ausgerichteten Politikern der Gruppe "Encuentro Progresista" genähert. Es ist daher anzunehmen, daß ihre Regierung gemäßigt konservativ-liberal sein wird. Man muß auch noch die im Wahlkampf immer wieder betonte Erklärung der PAN beachten, den Friedensprozeß, eine Reform des Staates, den Kampf gegen die Kriminalität, die Diskriminierung und die Privilegien zu unterstützen, und deren konkrete Ausführung in der kommenden Regierung verfolgen.

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist ebenfalls aufschlußreich. Sie sieht folgendermaßen aus:

Außenminister	–	Eduardo Stein
Innenminister–		Rodolfo Mendoza
Verteidigungsminister	–	Julio Balconi Turcios
Kommunikationsminister–		Fritz García Gallout
Finanzminister–		José Alejandro Arévalo
Erziehungsminister–		Arabella Castro de Comparini
Wirtschaftsminister–		Juan Mauricio Wurmser
Energieminister–		Leonel López Rodas
Kulturminister	–	Augusto Vela
Arbeitsminister–		Arnoldo Ortiz Moscoso

Landwirtschaftsminister– Luis Reyes Mayén

Gesundheitsminister– Marco Tulio Sosa

Der Verteidigungsminister, General Julio Balconi Turcios, gehört zur sogenannten “institutionellen” Tendenz innerhalb des Heeres und war lange Zeit einer der Regierungsvertreter innerhalb der Friedenskommission, welche die Verhandlungen mit der Guerilla führt. Zur gleichen Richtung gehört auch der neue Generalstabschef, General Sergio Camargo Muralles. Als Vertreter des Unternehmertums können die Minister für Wirtschaft und Landwirtschaft sowie der neue Direktor des sozialen Investitionsfonds (FIS), Rodolfo Paiz Andrade, identifiziert werden, während der Außen- und der Arbeitsminister anerkannte progressive Akademiker sind. Der Außenminister Stein, der Vize-Außenminister Gabriel Aguilera sowie der neue “private” Präsidentschaftssekretär, Gustavo Porras, unterhielten in früheren Jahren enge Beziehungen zu linksgerichteten Gruppen, die das Militärregime bekämpften. Der Rest des Kabinetts setzt sich aus meist akademisch gebildeten Führungsmitgliedern der PAN zusammen, zum größten Teil ehemalige oder wiedergewählte Parlamentarier. Letztere beantragten die entsprechende “Beurlaubung” vom Kongreß, um ihr Amt antreten zu können. Eine Ausnahme hiervon bildet der Finanzminister, ein parteiloser Technokrat und anerkannter Fachmann aus der Zentralbank Guatemalas.

Aktueller Stand der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Guatemalas – eine schwierige Ausgangssituation für die neue Regierung

Als Folge der traditionell niedrigen Steuereinnahmen – 6,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – leiden die öffentlichen Finanzen an einer chronischen Schwäche, welche eine angemessene Eigentums-Umverteilung extrem behindert. Die bestehenden sozialen Ungleichheiten verschlimmern sich in bedenklicher Weise gemäß dem Umstand, daß zehn Prozent der Bevölkerung 44 Prozent des gesamten nationalen Einkommen beziehen und 65 Prozent des nutzbaren Landes zwei Prozent der Bevölkerung gehört. Übereinstimmend mit der Informationsschrift über menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen von 1995, zählen 60 Prozent der städtischen und 80 Prozent der ländlichen Bevölkerung Guatemalas zu den in Armut lebenden Personen. 60 Prozent der gesamten Bevölkerung gehören dem ländlichen Raum an; davon wohnen 90 Prozent in rund 22.000 kleinen Gemeinden, die weniger als 500 Einwohner zählen.

Wirtschaftliche Konjunktur

Während der Jahre 1990-1994 betrug die Zuwachsrates der nationalen Wirtschaft im Durchschnitt pro Jahr 4,1 Prozent. Die Bevölkerung hingegen wuchs um 2,8 Prozent. Entsprechend stieg das Prokopfeinkommen um 1,2 Prozent. Die Inflation, nachdem sie 1990 auf 60 Prozent angestiegen war, hielt sich 1992-1994 stabil zwischen 10,2 und 12,5 Prozent. Während die Wirtschaft durch die Expansion des Sektors Dienstleistung – insbesondere des Tourismus – zu wachsen schien, verloren die wichtigsten Bereiche der produktiven Wirtschaft – die Landwirtschaft und die Industrie – jedesmal mehr von ihrer Dynamik. Die Exporte wuchsen weniger schnell als die Importe und vertieften damit noch das wirtschaftliche Loch. Die Außenhandelsbilanz wies 1994 ein Defizit von 1.256 Millionen US-Dollar auf, das sind ungefähr 9,8 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Unter den traditionellen Export-Produkten – Kaffee, Zucker, Bananen, Baumwolle, Kardamon, Fleisch und Erdöl – zeigten nur der Kaffee und der Zucker eine Expansion mit einem Wert von 361 und 167 Millionen US-Dollar. In den letzten Jahren ist der Export von nicht-traditionellen Produkte schneller gewachsen, als der von traditionellen. 1994 wurden nicht-traditionelle Produkte im Wert von 347 Millionen US-Dollar exportiert, führend unter ihnen: Tabak, Hülsenfrüchte, Meeresfrüchte, chemische Produkte, Blumen und Gemüse.

Die soziale Entwicklung

Guatemala belegt den 108. Platz von 145 Ländern nach dem Index der “menschlichen Entwicklung” der Vereinten Nationen, bedingt durch die niedrigen Indikatoren im Ausbildungsniveau (0,50 Prozent) und der Lebenserwartung der Neugeborenen (0,66 Prozent).

In Übereinstimmung mit UNICEF sind 60 Prozent der Bevölkerung *indígenas*, in 22 ethnischen Gruppen aufgeteilt, jede mit einer eigenen Sprache.

Die sozialen Indikatoren der Kindersterblichkeit und des Analphabetismus sind entscheidend höher bei den *indígenas* als bei der restlichen Bevölkerung. Der Zugang zu den sozialen Diensten ist gleichermaßen unterschiedlich, zum Teil auch wegen der weiten Zerstreuung der Bevölkerung und der schwierigen Zugänglichkeit von vielen Gemeinden.

Im Gesundheitssektor decken die öffentlichen und privaten Dienste nur 55 Prozent der Bevölkerung ab. Die geplanten Ausgaben für die Gesundheit verminderten sich auf 14 Prozent im Jahr 1992 und konzentrieren sich hauptsächlich auf das Gebiet der Hauptstadt.

Der Haushaltplan für Erziehung und Bildung ist auch notorisch unzureichend und betrug nur 17 Prozent der Gesamtausgaben im Jahr 1994. Die Quote des Alphabetismus bei Erwachsenen belief sich auf 54,2 Prozent, zum großen Teil dadurch bedingt, daß man die Sprachen, Kulturen und Traditionen der verschiedenen Ethnien unberücksichtigt gelassen hat. Die ausländische Kooperation hat sich gleichzeitig verringert. Für die Belange der Gesundheit reduzierte sie sich von 21 Prozent auf 7 Prozent zwischen 1992 und 1993 und für Erziehung und Ausbildung von sieben Prozent auf sechs Prozent.

Die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung

Die neue Regierung muß sich von Anfang an einigen wichtigen Aufgaben stellen. Die Stabilisierung des politischen Prozesses, die Konsolidierung und Reform des Rechtsstaates, der Friedensschluß und die soziale Entwicklung des Landes sind vorrangige Ziele. Dafür ist es wichtig, Vereinbarungen zwischen den wesentlichen politischen Kräften und den verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppen zu treffen.

Nur ein starker und effizienter Staat, der über legitime Autorität und ein effizientes politisches System verfügt und sich um einen Minimalkonsens zum Wohlstand aller Bürger bemüht, kann sich zugleich den Herausforderungen bezüglich einer Modernisierung der Gesellschaft,

der nationalen und regionalen Integration und der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung stellen.

Der Aufgabenkalender der nächsten Regierung muß grundsätzliche Themen umfassen wie: Armutsbekämpfung, Landverteilung, Zugang zu Landbesitz, die ethnische Frage und die Reform des Staates. Diese Reform bezieht sich besonders auf die Privatisierung, die Dezentralisierung, die Regionalisierung und die Stärkung der lokalen Entscheidungsträger. Dazu gehört auch die Erhöhung der Anzahl der effektiven Steuerzahler sowie die Bekämpfung aller Monopole.

Ein ganz wichtiges Thema ist die Institutionalisierung des Friedensprozesses, wobei die Verhandlungen mit der URNG zu Ende geführt und die Durchsetzung der bisher unterschriebenen Vereinbarungen erreicht werden muß. Nur so können die Grundlagen für den Übergang von einer formalen Demokratie zu einer echten, partizipativen Demokratie gelegt werden.

Herausforderungen für die Christdemokratie

Die Christdemokraten sind in den Wahlen von 1995 auf einem Tiefpunkt in der Wählergunst gelangt, der alle pessimistischen Voraussagen noch übertrifft. Die Wahlallianz, die von den Mitgliedern der ihr angehörenden Parteien nur widerwillig während der Kampagne geduldet worden war, wurde kurz nach dem 12. 11. 1995 aufgelöst. Man kann also nicht von der Alianza Nacional (AN) als der drittstärksten Kraft im Kongreß sprechen. Die Christdemokraten verfügen heutzutage über eine kleine Minderheit von vier Abgeordneten, von denen drei zu dem stark angefeindeten Kongreß gehörten, in dem die DCG mit der UCN und der Regierungspartei MAS von Jorge Serrano die "Triple Alianza" gebildet hatte.

Nur die einzige Frau der kleinen Fraktion, Ana María Villegas de Fortin, Vorstandsmitglied der DCG, ist neu im Kongreß und wurde von der PAN zusammen mit Angehörigen der Minderheitsparteien UCN, UD und MLN in den diesjährigen Kongreßvorstand aufgenommen. Die FRG und FDNG lehnten eine Mitbeteiligung ihrerseits ab und deklarierten sich als konstruktive Opposition. Sei es als Opposition, sei es im Regierungsfolge, die Einflußmöglichkeit der DCG ist durchaus schwach im Parlament.

Relative Stärke besitzt die christdemokratische Partei jedoch immer noch auf der Gemeindeebene im ländlichen Raum. Einschließlich der sieben Bürgermeisterämter der DCG, die 1983 für fünf Jahre gewählt wurden und der 38 im Alleingang und 16 in Koalition bei den Wahlen von 1995 gewonnenen Gemeindeverwaltungen verfügen die Christdemokraten heutzutage über insgesamt 61 von 330 Bürgermeisterämter im Lande, das sind 18,5 Prozent aller Gemeinden und gleichbedeutend mit dem zweiten Platz auf dieser Ebene nach der PAN mit ihren insgesamt 109 Bürgermeistern. Wenn überhaupt, so liegt hierin die hauptsächliche Chance dieser Partei, sich neu zu gestalten. In diesen 61 Gemeinden muß intensive Basisarbeit geleistet werden, mit Schwergewicht in technischer Beratung und Bildung.

Die Partei ist seit der Zeit, als sie Guatemala regierte (1985-1990), verbraucht; ihr Niedergang hat andererseits zur Ursache, daß die Parteiführung sich bisher weitgehend abgekapselt und jeder inneren Erneuerung widersetzt hat. Im ersten Halbjahr 1996 stehen interne Parteiwahlen bevor. Es ist zu hoffen, daß die alte Parteiführung hierbei abgelöst und durch unverbrauchte, fähige und weitsichtige Politiker ersetzt wird, die der Partei ein neues Gesicht verleihen und sie zu einer modernen, effizienten und demokratischen Organisation umwandeln.

Das Land verlangt nach einer echten Volkspartei, die wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden weiß und fähig ist, den nötigen Konsens der diversen Gesellschaftsgruppen im Rahmen eines Rechtsstaates und der sozialen Marktwirtschaft zu schaffen.

Guatemala: Präsidentenwahl 1995/96

Vergleich der Ergebnisse der 1. und 2. Runde pro Kandidat und Wahlbezirk

Wahlbezirk	1. Runde 12. 11. 1995		2. Runde 7. 1. 1996	
	Stimmen Arzú, PAN	Stimmen Portillo, FRG	Stimmen Arzú, PAN	Stimmen Portillo, FRG
Hauptstadt	177.656	51.304	211.302	99.912
Guatemala	62.340	27.066	71.538	51.470
Sacatepéquez	12.110	8.166	15.002	15.430
Chimaltenango	17.083	10.956	20.995	23.395
El Progreso	10.898	6.193	10.745	8.739
Escuintla	24.857	23.060	28.722	41.379
Santa.Rosa	17.550	13.270	18.372	19.368
Sololá	10.196	6.872	12.068	16.022
Totonicapán	9.450	8.304	11.725	14.787
Quetzaltenango	29.317	19.669	38.887	39.987
Suchitepéquez	16.229	22.155	19.129	34.474
Retalhuleu	10.276	8.214	13.507	18.766
San Marcos	24.334	18.729	34.186	41.448
Huehuetenango.	18.998	19.529	20.342	32.748
El Quiché	16.875	15.866	16.008	21.404
Baja Verapaz	8.982	6.899	8.871	11.270
Alta Verapaz	16.687	16.243	24.099	34.731
El Peten	11.609	5.865	14.527	10.172
Izabal	14.367	8.472	17.814	19.014
Zacapa	10.707	13.545	11.015	20.882
Chiquimula	13.747	9.839	18.479	20.027
Jalapa	11.193	4.701	13.250	12.622
Jutiapa	20.832	16.447	20.775	31.355
Gesamt	565.393	341.364	671.358	639.402
Prozent	36,50	22,04	51,22	48,78
Unterschied	224.029		31.956	

Quelle: Erarbeitung von INCEP nach Zahlen vom TSE

Tabelle 2 Guatemala: Allgemeine Wahlen 1995/96

	Präsidentenwahl				Parlamentswahl				Parlacenwahl		Gemeindewahl	
	1.Runde Stimmen	12.11.95 %	2. Runde Stimmen	07.01.96 %	Sitze Landesliste	Sitze Bezirkslisten	Gesamt	Prozent	Sitze	Prozent	Bürger- meister	Prozent
PAN	565 393	36.50	671 358	51.22	7	36	43	53.75	8	40.00	107	35.67
	-	2	4	6	7.50	2	10.00	4	1.33	PLP	80 761	5.21
	-	-	-	-	10	3.33	MLN	35 675	2.30	-	-	-
	-	2	0.67	PREG	17 471	1.13	-	-	-	-	-	-
	0.33	PDG	6 714	0.43	-	-	-	-	-	-	-	-
	0.38	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	MD
	-	-	-	-	-	-	-	-	22	7.33	gültige Stimmen	1 541 541
Ungültige und leere Stimmz.	188 169		58 068									
% der gesamten Wähler		10.83		4.24								
Gesamt	1 737 033	100.00	1 368 828	100.00	16	64	80	100.00	20	100.00	300	100.00

* Alianza Nacional (AN), besteht aus DCG, UCN, PSD:

Parlamentswahl: DCG: insgesamt 4 Sitze: 1 in Landes- und 3 in Bezirkslisten; UCN: insgesamt 3 Sitze: 1 in Landes- und 2 in Bezirkslisten, PSD: insgesamt 0 Sitze

Parlacenwahl: DCG: 2 Sitze; UCN: 1 Sitz; PSD: 0 Sitze; Bürgermeister: DCG: 38; UCN: 27, PSD: 2, DCG/UCN/PSD: 16

Quelle: Erarbeitung von INCEP, beruhend auf Daten des TSE

Karin Erbsen de Maldonado ist Direktorin des Instituto Centroamericano de Estudios Políticos (INCEP) in Guatemala. *Georg Schmid* ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Guatemala.